

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Reichsmark, halbjährlich 2 Reichsmark, jährlich 4 Reichsmark, für das Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' mit 'Siebelung und Kleinanzeigen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und 'Freizeitbeilage 'Sonntagsblätter'' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 29. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkonto: Berlin 27 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Postkontokonto, Postfach 1000, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 60 Pfennig, Reklameweile 1,- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' des Freitagabends Wort 25 Pfennig, Sonntag zwei Freitagabende Wort, jedes weitere Wort 1,- Pfennig. Stellungsliste des 1. Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Die Erwerbslosenfrage vor dem Reichstag.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen. - Erklärung des Reichsarbeitsministers.

Der Reichstag hat gestern mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten das Arbeitsbeschaffungsprogramm des volkswirtschaftlichen Ausschusses angenommen, das der 'Vorwärts' am Sonnabend morgen veröffentlicht hat.

Millionen von Arbeitslosen warten auf Arbeit und Verdienst. Ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Der Reichsarbeitsminister erklärte, man müsse mit einer Dauerkrise rechnen. Unter großer Bewegung der Herzen sprach er aus, man könne vom Jahre 1929 ab - 1929! - auf eine dauernde Erleichterung des Arbeitsmarktes als Folge des durch den Krieg hervorgerufenen Geburtenrückganges rechnen. Die Arbeitslosen können nicht bis 1929 warten. Mit der Arbeitslosenunterstützung allein ist ihnen nicht geholfen. Sie wollen Arbeit!

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat ein umfassendes Programm zur produktiven Erwerbslosenfürsorge vorgelegt. Es sollen von den Ländern und Gemeinden Arbeiten durchgeführt werden, die wirtschaftlich notwendig sind. Zur Durchführung dieser Arbeiten sollen Anleihen aufgenommen werden. Das Programm ist vom volkswirtschaftlichen Ausschuss einstimmig - mit den Stimmen der Kommunisten - angenommen worden.

Genosse Dilmann legte in der Plenarsitzung des Reichstags die Not der Arbeitslosen dar und begründete das Programm. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte sich grundsätzlich mit dem Programm einverstanden. Die Durchführung des Programms wird einer großen Zahl von Arbeitslosen Arbeit und Verdienst geben.

Ein Wort über die Kommunisten. Ihre Vertreter haben im Ausschuss für das Arbeitsbeschaffungsprogramm gestimmt, das den Arbeitslosen Hilfe bringen soll. Im Plenum hat die kommunistische Reichstagsfraktion die Vorlage abgelehnt. Gegenüber dieser verantwortungsvollen Politik muß festgestellt werden:

Die Kommunisten wiederholten gestern im Plenum im gleichen Wortlaut einen Antrag zur Bezahlung der Rotstandsarbeiter, der früher im Reichstag gestellt, dem Achter-Ausschuss überwiesen und vom Achter-Unterausschuss (siehe gedruckter Bericht Seite 44 Spalte 2, 1. Absatz) behandelt und erledigt wurde. In dieser Sitzung war ein Vertreter der KPD. nicht anwesend. Der Ausschussbericht sagt ausdrücklich: daß die in diesem Antrag gestellten Forderungen den Bestimmungen über öffentliche Rotstandsarbeiten nicht widersprechen, daß der Unterausschuss mit den Forderungen einig geht. Doch der Achter-Unterausschuss fügt dann hinzu im gedruckten Bericht: 'Material oder Begründung wurde von den Antragstellern zum Antrag Nr. 2228 (Antrag der KPD.) nicht gegeben.' Dieser gedruckte Bericht des Unterausschusses ist im Achter-Ausschuss einstimmig - von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten - gebilligt worden. Und die fragliche Stelle im gedruckten Ausschussbericht wurde von den KPD.-Vertretern nicht beanstandet.

Es war daher eigentümlich, wenn gestern im Plenum des Reichstags

1. die KPD.-Fraktion sich bei den vom Achter-Ausschuss einstimmig gestellten und beschlossenen Anträgen für ein Arbeitsprogramm zur Beschäftigung Erwerbsloser der Stimme enthielt,

2. den Antrag über die Bezahlung von Rotstandsarbeitern im Plenum erneuerte, und nachdem

deswegen von Vertretern verschiedener Parteien und rein sachlich auch vom Genossen Dilmann an den gedruckten vorliegenden Ausschussbericht und die im Unterausschuss erfolgte Erledigung ihres Antrages hingewiesen wurde, dann der Kommunist Radel den Genossen Dilmann persönlich und unsachlich anrempelte.

Die Kommunisten als Arbeitervertreter sollten begrüßen, wenn in ernster, sachlicher und mühevoller Arbeit durch die Initiative des Achter-Unterausschusses nun ein umfassendes Arbeitsprogramm vom Reichstag angenommen wurde. Das liegt im Interesse der Erwerbslosen. Wenn die Reichsregierung gestern durch den Arbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß sie diesem Arbeitsprogramm weitestgehend beitrete, auch in der Mittelbeschaffung durch Anleihen, so wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Regierung beim Wort halten und auf beschleunigte Durchführung des Arbeitsprogramms dringen.

Die Kommunisten aber haben die Voraussetzungen dafür verneint. Sie haben die Hilfe für die Erwerbs-

losen abgelehnt. Damit haben sie ihrer lächerlichen, aber zugleich empörenden Politik der letzten Zeit die Krone aufgesetzt. Beim deutsch-dänischen Handelsvertrag stimmten sie gegen die Arbeiter für die Pferdezüchterinteressen. Im Rechtsausschuss für die Hohenzollern und die Standesherrn. Beim Knappschäfts-

Um die Fürstenvorlage.

Vor der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern abend den Bericht ihrer Mitglieder im Rechtsausschuss über das Ergebnis der dort geführten Beratungen entgegen. In den Bericht knüpfte sich eine längere Aussprache. Die Fraktion hält den vorliegenden Gesetzentwurf für ungenügend und behält sich ihre endgültige Stellung vor.

Die Vertreter der Fraktion werden heute vormittag nochmals mit den Regierungsparteien verhandeln. Die Fraktion tritt dann um 12 Uhr wieder zusammen.

gesezt stimmten sie einmal für die Arbeiter - da wurden sie von ihrer Zentrale gerüffelt. Und gestern stimmten sie gegen die Hilfe für die Erwerbslosen!

Die Sitzung wird um 2 1/4 Uhr vom Präsidenten Lobe eröffnet. Der Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des mündlichen Berichts des Volkswirtschaftlichen Ausschusses über produktive Erwerbslosenfürsorge.

Ueber die Verhandlungen des Ausschusses, der dem Reichstag einen umfangreichen Bericht vorlegt und die Annahme einer Entschließung beantragt, die das bereits veröffentlichte Programm enthält, berichtet

Abg. Dilmann (Soz.):

Der Ausschuss war einmütig der Meinung, daß angesichts der steigenden und dauernden Arbeitslosigkeit wirksame Maßnahmen notwendig sind. Besonderer Nachdruck wurde darauf gelegt, daß nicht nur solche Rotstandsarbeiten ausgeführt werden, die vorübergehend die Zahl der Arbeitslosen vermindern, sondern der Gesamtwirtschaft von Nutzen sind. Bis zum Beginn der schweren Krise im Oktober 1925 waren in ganz Deutschland nur 27 000 Arbeiter mit Rotstandsarbeiten beschäftigt. Ihre Zahl ist bis Ende Dezember, wo wir 1 1/2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger hatten, nur auf 170 000 gestiegen. Um die Frage zu prüfen, auf welche Weise eine bedeutend höhere Zahl von Erwerbslosen beschäftigt werden kann, hat der Ausschuss das notwendige Sachmaterial zusammengetragen; er führt weiter den Nachweis, daß diese Arbeiten durchführbar, notwendig und produktiv sind. Wer die Zahl der Arbeitslosen ansieht, der hat keinen Zweifel,

daß es sich nicht um einen vorübergehenden Notstand handelt, sondern um eine Dauerkrise.

Die neuesten Zahlen ergeben, daß die Arbeitslosigkeit nicht gefallen, sondern immer noch weiter gestiegen ist. Wir haben mit einer Dauerkrise zu rechnen, deren Zeitmaß auf Jahre hinaus zu bemessen ist. Das gleiche Bild zeigt sich, wenn man die einzelnen Wirtschaftsgebiete betrachtet. In Berlin steigt die Zahl der Arbeitslosen pro Woche um 5000 bis 6000, zurzeit beträgt sie über 260 000. Im Rheinland und Westfalen das gleiche Bild. Sollen die Millionen von Arbeitslosen auf Jahre hinaus dazu verurteilt sein, brach zu liegen, oder soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeitskraft wieder in den Dienst der Gesamtwirtschaft zu stellen? Das letztere ist notwendig! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir annehmen, daß jede brachliegende Arbeitskraft nur 200 M. im Jahre zu wenig an wirtschaftlicher Kraft produziert, so kommen wir bei 2 Millionen Arbeitslosen pro Jahr auf 4 Milliarden Wirtschaftskraft, deren Wert uns verloren geht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Summe ist höher als die Reparationslast, die wir zu tragen haben. Diese furchtbaren Zahlen zwingen uns dazu, Beschäftigung für die Erwerbslosen zu finden. Wir müssen den Innenmarkt stärken, weil wir nur dadurch auch unsere Stellung auf dem Weltmarkt stärken können. Das gilt ebenso für die Landwirtschaft, bei der die Notwendigkeit der inneren Stärkung allseitig anerkannt wird, wie ganz besonders für die Industrie.

Alle Kräfte der Wirtschaft müssen mobilisiert werden, damit nicht länger Millionen menschlicher Kräfte brachliegen. Es ist für die Gesellschaft und für die Wirtschaft untragbar, daß Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, einfach ihrem Schicksal preisgegeben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das bringt der Ausschuss in seinem Antrag und in dem Arbeitsprogramm zum Ausdruck. Auch den Arbeitslosen muß geholfen werden, die schon jahrelang auf der Straße liegen, ihnen muß ein Rückhalt gegeben werden. Wir wollen aber nicht etwa nur Rotstands- und Gelegenheitsarbeiten, sondern solche Arbeiten schlechthin, die wirtschaftlich notwendig sind, die Werte schaffen für die Wirtschaft und für die Gesamtheit, also dem ganzen Volke zugute kommen.

Der Redner erörtert dann im einzelnen das vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss vorgelegte Programm.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Genosse Dilmann fährt fort: Der Ausschuss weist auf die Notwendigkeit des Straßenbaues hin. Wir haben heute 180 000 Kilometer Straßen, die keine für den neuzeitlichen Verkehr, für Autos und Lastwagen, genügende Straßendecke haben. Es ist notwendig, sie zu erneuern. Man kann hier nicht nur Arbeitslose beschäftigen, man belebt auch die Rohstoffgewerbe, das Transportwesen und alle Zweige, die beim Straßenbau in Betracht kommen.

Der Ausschuss verlangt weiter die Kultivierung von Oedlandflächen und anderem unfruchtbaren Boden, der in Deutschland über 3 Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile urbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten.

Ferner weist der Ausschuss hin auf die Schiffbauherstellung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen. Das Ruhrgebiet und das Siegerland warten auf die Kanalisierung der Ruhr, Aachen braucht einen Wasserweg zum Rhein-Rhein-Donau-Kanal, der Mittelkanal warten auf ihre Fertigstellung.

Wir wünschen weiter Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturboden, die Anlage und Verbesserung von Stauanlagen und Schuttdämmen, um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen. In dieser Stunde klingen die Notrufe unserer Volksgenossen an unser Ohr, die von der letzten Hochwasserkatastrophe betroffen wurden. Bei einer ähnlichen Katastrophe im vorigen Jahre wurde uns erklärt, daß Vorbeuge getroffen werden solle, damit sich derartige Ereignisse nicht wiederholten. Die in dem Bericht des Ausschusses niedergelegten Schreiben der Länderregierungen aus Anlaß des vorjährigen Hochwassers zeigen aber, daß seitdem nicht viel geschehen ist. Die Reichsregierung muß dafür sorgen, daß die notwendigen Arbeiten sofort in Angriff genommen werden. Hätte man das früher getan, so würden wir nicht Hunderte von Millionen Schaden erlitten haben und bräuchten jetzt nicht größere Geldmittel zur Beseitigung der Notlage aufzuwenden. Hier zeigt sich, wie die Beschäftigung von Erwerbslosen zum Zwecke der Abwendung von Hochwasserkatastrophen eine Arbeit höchst produktiver Natur ist!

Der Ausschuss fordert weiter Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, weiter eine großzügige Förderung des Wohnungsbaues, um sowohl der Wohnungsnot wie der damit verbundenen Beschäftigung zu begegnen. Schließlich wird in dem Programm auch die Elektrifizierung der Eisenbahnen gefordert.

Im Anschluß an das Programm wird die Regierung ersucht, zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim Rußlandkredit nicht behoben werden können. Der Redner gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Verhandlungen darüber jetzt zum Abschluß gekommen sind. Das ist ebenso im Interesse der Wirtschaft wie der Arbeitslosen zu begrüßen. Bei den Reparationsleistungen soll auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen hingewirkt werden.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß größere Mittel für alle diese Zwecke bereitzustellen sind. Der Reichsarbeitsminister hat ja auch bei der Beratung seines Etats erklärt, wenn die eingestellten Mittel nicht ausreichen, dann müßten größere Mittel bereitgestellt werden. Auch auf die Länderregierungen ist in diesem Sinne einzuwirken.

Es müssen Anleihen für diese Arbeiten aufgenommen werden, die aus den Erträgen zu verzinsen und zu tilgen sind. Für bestimmte Arbeiten können die Mittel zum Teil aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, zum anderen Teil durch Aufnahme von Anleihen aufgebracht werden.

Den Trägern dieser Arbeiten, vor allem den Gemeinden, dürfen aber bei der Aufnahme von Anleihen dazu keine Schwierigkeiten gemacht werden. Angesichts der wirtschaftlichen Not, in der sich Millionen Erwerbslose befinden, dürfen sie nicht länger mit wohlwollenden Worten abgefunden, sie müssen durch Taten befriedigt werden. In beschleunigter Weise müssen Reich, Länder und Gemeinden sowie alle öffentlichen Organe, die in Frage kommen, zusammenwirken, um die Erwerbslosigkeit zu beseitigen. Die Bände der Millionen von Erwerbslosen sind jetzt auf uns gerichtet, wir dürfen nunmehr nicht nur einen Beschluß von Worten fassen, sondern müssen für die Ausführung der Beschlüsse in Taten sorgen.

Ich bitte also den Deutschen Reichstag, ebenso einmütig wie der Ausschuss unseren Vorschlägen zuzustimmen und damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir aus der Untätigkeit hinauskommen wollen. Wir müssen den Bänden an dem Tag legen, der ständig wachsenden Not wirksam entgegenzutreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Zollerhöhungen.

Die ermäßigten Zollsätze sollen in Kraft bleiben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der sich in seiner Wirkung den bekannten Forderungen der Spinnereigewerkschaften in bezug auf die Zollpläne der Regierung anschließt. Er erstrebt, daß die bisherigen ermäßigten Zölle für Getreide usw. noch auf die Dauer von vier Monaten bis zum 1. Dezember 1926 in Kraft bleiben sollen.

Um den deutsch-schwedischen Handelsvertrag.

Am Montag begannen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichstags die Beratungen über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, dessen wesentlichste Bedeutung darin besteht, daß er die einseitigen bis zum 1. August d. J. geltenden Zollsätze für wichtige Lebensmittel beträchtlich hinausschraubt. Da nicht nur die Parteien der Linken, sondern auch das Zentrum und Teile der Deutschen Volkspartei gegen diese nahe an den autonomen Tarif streifende Erhöhung der Abgabe Widerspruch erheben, ist die Regierung zu gleicher Zeit mit den Fraktionen in neue Besprechungen über ihren Plan eingetreten, denen neben dem Regierungsentwurf die von den Gewerkschaften unterstützte Forderung einer Verlängerung des gegenwärtigen Protokolls und weiter gewisse Kompromißvorschläge zugrunde liegen.

Es ist vorläufig kaum anzunehmen, daß sich für die im schwedischen Handelsvertrag vorgesehenen Sätze eine Mehrheit finden wird. Abgesehen von den ausgesprochenen Agrariern dürfte es niemand wagen, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage einem Zoll zuzustimmen, der bei dem Brotgetreide noch über den Bismarck-Tarif hinausgeht. Auch die zweifellos zu erwartende Verschärfung, daß es sich nur um die Schaffung von Tauschobjekten und Druckmitteln für künftige Handelsvertragsverhandlungen (Polen und Frankreich) handle, wird nach den schlimmen Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht mehr vorgefunden.

Die Reichsregierung hat auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung in ihrer Art und Höhe entschlossen.

2. folgt aus der Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Auszubehrenden, deren Zahl im Spätsommer beträchtlich sein kann, unbedingt erforderlich ist und rechtzeitig vorbereitet werden muß. Angesichts der Fortdauer der Kurzarbeit muß insbesondere auch die Arbeiterunterstützung vorläufig fortgesetzt werden.

In Anbetracht der langen Dauer auch der Kurzarbeit will die Reichsregierung auch hier gewisse Ergänzungen vornehmen. Es soll nach sechs Wochen keine Unterbrechung der Unterstützung mehr eintreten, solange die Vorbedingungen der Fürsorge fortbestehen. Erst wenn diese Voraussetzungen wenigstens vier Wochen fortgefallen sind, soll eine Wartefrist verlangt werden. Die Reichsregierung hat dem chronischen Charakter der Krise Rechnung getragen durch ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen, durch außergewöhnliche Maßnahmen in der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge und durch beträchtliche Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Ziffer der in Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen stieg von 27 870 am 15. Dezember 1925 auf 170 105 am 15. Mai 1926. Das ist die höchste Ziffer von Notstandsarbeitern, die seit der Stabilisierung der Währung und wohl auch überhaupt in irgend einem Lande in der Welt erreicht worden ist. Darin ist die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht enthalten.

Was soll nun an außerordentlichen Maßnahmen geschehen?

Sie sollen sich rechtzeitiger im Hinblick darauf, daß aller Voraussicht nach der Arbeitsmarkt spätestens vom Jahre 1929 ab infolge des Geburtenausfalls während des Krieges eine wesentliche Erleichterung erfahren muß. (Bewegung und Zwischenrufe links.)

Die Reichsregierung kann noch kein abschließendes Bild ihrer Pläne geben. Sie wird es aber an dem notwendigen Ernst zur Beschleunigung ihrer arbeitsschaffenden Maßnahmen nicht fehlen lassen. Sie wird sich vor allem dafür eine breitere finanzielle Grundlage dadurch schaffen, daß die werbenden Auslagen nicht allein mehr aus Mitteln des Etats, sondern aus Anleihen bestreiten werden sollen, z. B. bei der Durchführung eines groß-

zügigen Programms von Wasserstraßenbauten, das der Reichsverkehrsminister aufgestellt und das das Kabinett heute grundsätzlich gutgeheißen hat. In Betracht kommen in erster Linie Fortführung der noch nicht fertigen Teile des Mittellandkanals, des Staubecken Ottmachau, der Hanfkanal, der Rüstkanal und die Kanalisierung des unteren Rhins.

Die süddeutschen Wasserstraßenbauten am Neckar und zur Verbindung von Rhein, Main und Donau werden im Rahmen der mit den Ländern getroffenen Vereinbarungen weitergeführt werden. Die Durchführung dieser Bauten soll nach Möglichkeit örtlich und zeitlich den besonderen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepaßt werden. Es ist möglich, schnell mit dem Stück des Mittellandkanals Ham m — Vippstadt zu beginnen.

Die Reichsregierung ist ferner entschlossen, neue Maßnahmen zur Förderung der sogenannten Schlüsselgewerbe zu treffen. Schlüsselgewerbe bedeutet für die ganze deutsche Volkswirtschaft hat die Landwirtschaft. Alle Maßnahmen, die sie wirtschaftlich stärken, erhöhen ihre Kaufkraft und kommen damit großen Teilen der Industrie zugute. Die Bodenkulturgesellschaft erhöht gerade jetzt eine Verfrachtung ihrer Mittel durch das Gesetz, das der Reichstag kürzlich beschlossen hat. Außerdem soll die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Feld- und Gärtnereibetrieben. Vielleicht können auch für die Neblandkultur erhöhte Mittel durch Anleihen gewonnen werden. Auch die Reichsbahn hat die Pflicht, sich in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen! Die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dieser Art eifrig fördern.

Weiter soll Arbeit beschafft werden durch Straßenbau und Anpassung der bestehenden Straßen an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs, vor allem des Autoverkehrs. Zur Durchführung eines einheitlichen Planes zur Arbeitsbeschaffung ist ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Länder und Gemeinden mit dem Reich erforderlich. Jedes Neben- und Gegeneinanderarbeiten bringt bedrohliche Hemmnisse, die angesichts der furchtbaren Notlage der Erwerbslosen vermieden werden müssen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schüh (Komm.) tritt für einige kommunizistische Anträge ein und bezeichnet die Ausschussentscheidung und das Programm der Regierung als unzureichend.

Abg. Dymann (Soz.)

schildert die Anstrengungen der Sozialdemokratie um die Besserung der Fürsorge für Erwerbslose und Kurzarbeiter. Der Versuch der Regierung, durch eine Zwischenlösung die Unterstützungen für Erwerbslose nach Lohnklassen vorzunehmen, mit dem Ergebnis, daß die Unterstützungen insgesamt um 25 bis 30 Proz. reduziert worden wären, ist zurückgezogen worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich dieser Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge auf energigste widersetzen würde.

Wir fordern jetzt, daß die Kurzarbeiterunterstützung in der gleichen Weise verlängert werde, wie die Erwerbslosenfürsorge.

Unser Antrag im sozialpolitischen Ausschuss, daß auch der erste und zweite Tag des Arbeitsausfalls unterstützt werde, ist leider abgelehnt worden. Angesichts der Notlage, in der sich die Kurzarbeiter befinden, ist es ein unhaltbarer Zustand, daß die Unterstützung für den ersten und zweiten Arbeitstag nicht gewährt wird. Wir erheben auch dagegen Einspruch, daß man die ausgeteuerten Erwerbslosen durch die Ueberweisung an die öffentliche Fürsorge in ihren Bezügen kürzen will. Auch denjenigen Arbeitslosen, die bereits 52 Wochen unterstützt worden sind, müssen die bisherigen Sätze weiter ausbezahlt werden, wenn sie keine Arbeit bekommen. Es muß ihnen wenigstens das bescheidenste Existenzminimum gesichert werden. Wenn wir Sozialisten auch dafür eintreten, daß Staat und Gesellschaft ihre Pflicht gegenüber den Erwerbslosen zu erfüllen haben, so vergessen wir doch darüber nicht die Solidarität der noch Arbeitenden für ihre erwerbslos gewordenen Arbeitskollegen. So hat der Deutsche Metallarbeiterverband seit Anfang dieses Jahres in jedem Monat über 3 Millionen Mark für die arbeitslosen Mitglieder ausgegeben, das sind bisher mehr als 36 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Rechnen wir dazu, was die Gesamtheit der Organisationen der Arbeiter und Angestellten für die arbeitslosen Kollegen ausgeben, so ist unsere Forderung an die Regierung um so mehr berechtigt, es nicht nur bei Worten bewenden zu lassen, sondern schleunigst zu Taten zu kommen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Rößel (Komm.) behauptet, daß nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers die Regierung gar nicht die Absicht habe, den Arbeitslosen zu helfen. Die Kommunisten würden deshalb gegen den Ausschussantrag stimmen.

Die Vorlage des Ausschusses wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Es werden weiter angenommen

Abg. Ziegler (Dem.) berichtet von den Beratungen des Sozialen Ausschusses über einen kommunistischen Antrag zur Erwerbslosenfürsorge. Es wird dazu folgende Entscheidung vorgeschlagen:

Die Folgen des Erwerbslosenproblems können durch Unterstützung der Erwerbslosen allein nicht behoben werden.

Zur angemessenen Unterstützung muß hinzutreten ein großzügiger Plan von Arbeitsbeschaffung.

Der Reichstag erachtet in den Vorschlägen des vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss eingesetzten Unterausschusses ein der Arbeitsbeschaffung und der Beschäftigung Erwerbsloser dienendes Programm und erachtet die Reichsregierung, auch mit Rücksicht auf die Entlastung der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge, alles zu tun, damit dies Programm schleunigst durchgeführt, insbesondere auch die dazu erforderlichen Mittel beschafft werden.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Ich begrüße die Gelegenheit, mich über das große Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor der Öffentlichkeit auszusprechen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung dieser Frage fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir haben es deshalb dankbar begrüßt, daß der Volkswirtschaftliche und der Soziale Ausschuss sich eingehend mit der gegenwärtigen besonderen Lage des Problems befaßt und entsprechende Beratungen gepflogen haben. Ich darf einleitend mit Befriedigung feststellen, daß eine volle Uebereinstimmung zwischen Reichstag und der Reichsregierung in allen grundsätzlichen Fragen besteht und daß beide Teile in ihren Vorschlägen übereinstimmen.

Wie steht es mit dem Arbeitsmarkt?

Die bedauerliche Steigerung der Arbeitslosigkeit setzte bekanntlich im Herbst 1925, und zwar damals mit 473 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. November. Den höchsten Stand erreichte diese Ziffer am 15. Februar mit rund zwei Millionen. Dazu kamen die zu unterstützenden Angehörigen, deren Zahl durchgehend um ein kleines höher liegt.

Eine Erleichterung der allgemeinen Arbeitslosigkeit war dann die weit verbreitete Kurzarbeit. Ähnliche Ziffern darüber lassen sich nicht geben. Wir sind angewiesen auf die Gewerkschaftsstatistik, und auch die wird nur in einem Bruchteil der Verbände geführt. Man kann aus diesen teilweise statistischen wenigstens das eine schließen, daß während des ersten halben Jahres 1926 die Zahl der Kurzarbeiter derjenigen der Vorkriegszeit ungefähr gleich war. Gegenüber dem Höchststand vom Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bis zum 15. Mai von rund zwei Millionen auf 1 742 000 verringert. Etwas stärker macht sich die absteigende Kurve bemerkbar bei der Statistik der Gewerkschaften, wo der Höchstbestand im Februar 22,6 Proz. der Mitglieder und am 1. Mai 18,6 Proz. umfaßte. Wenn auch eine Senkung der Arbeitslosenziffern vom Winter zum Frühjahr in normalen Zeiten befriedigen könnte,

so bleibt doch der gewaltige Umfang der Erwerbslosigkeit auch heute noch bestehen, zumal der letztere Monat wiederum sogar kleinere Steigerungen aufweist.

Die Gründe liegen, abgesehen von der weltwirtschaftlichen Depression und der Inflationskonsequenz anderer Länder, vornehmlich in der Rationalisierung unserer Wirtschaft, in der geringen Kaufkraft der Landwirtschaft und in der starken Beschränkung des Baugewerbes. Die Rationalisierung unserer Wirtschaft ist an sich notwendig, wenn ich mich auch keineswegs mit allen praktischen Maßnahmen identifiziere, die auf diesem Gebiete getroffen worden sind. Nun ist es falsch, aus diesen Ziffern ohne weiteres auf eine entsprechend große Ziffer von langfristigen Erwerbslosen schließen zu wollen. Wohl gibt es Bezirke und Bezirke, bei denen solche Schlüsse eine gewisse Berechtigung haben. Ich denke da an die Angestellten und an das Ruhrrevier, besonders den südöstlichen Teil.

Im ganzen gesehen ist die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt größer, als allgemein angenommen wird. Von den 473 000 Arbeitslosen am 15. November vorigen Jahres waren sechs Monate später, also am 15. Mai, noch in der Unterstützung 186 000, nicht ganz 40 Proz. Verhältnismäßig günstiger ist die neueste Ziffer. Von den 1 082 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. Dezember vorigen Jahres waren am 15. Juni noch in der Unterstützung 276 000, also etwas mehr als 25 Proz. Aus diesen Feststellungen folgt meines Erachtens zweierlei:

1. daß die Arbeitslosenunterstützung — immer von Einzelfällen abgesehen, bei einer solchen Massenercheinung unvermeidlich sind — die Aufnahme der Arbeit nicht verhindert hat. Deshalb dürfte und

Erziehung gegen Schundliteratur.

Von Karl Ulrich.

Der Kampf gegen die Schundliteratur wird in der Theorie von allen Kulturkreisen und -gruppen, Parteien und Verbänden gemeinsam geführt, aber die Einheit im Kampfe dauert nur so lange an, als man es unterläßt, den allgemeinen Begriff Schundliteratur bestimmter zu definieren. Die Bestätigung dafür finden wir heute in der unterschiedlichen Stellung zur Schaffung eines Gesetzes gegen die Verbreitung von Schundliteratur, das nur zu leicht ausarten kann zu einem Gesetz gegen jede einigermaßen freie Literatur. Die deshalb erfolgende Ablehnung der Gesetzentwürfe durch die sozialistischen Kulturorganisationen und durch unsere Partei wird leicht so angesehen, als habe die Sozialdemokratie ihre Auffassung über die Gefahren der Schundliteratur geändert. In Wirklichkeit erscheinen uns auch heute diese Gefahren keineswegs geringer, aber die Erfahrung von Jahrzehnten hat uns gelehrt, daß ein Verbot diese Gefahren gar nicht beseitigen kann, weil die von der Jugend in der Schundliteratur gesuchten Reize nicht an die Bettläre gebunden sind und sich auf unzähligen, uns noch längst nicht allgemein bekannten Wegen an den jugendlichen heranbringen. Weiter hat die Erfahrung gelehrt, daß man klüger tut, zu erziehen als zu verbieten.

Auch ohne statistische Unterlagen weiß jedermann, daß die Jugend gerade in der Pubertätszeit förmlich nach Büchern giert, die ihren überspannten Vorstellungen, Sehnsüchten und Wünschen die geeignetste Nahrung geben. Der jugendliche sucht in seiner Befreiung nicht nach Formenschnitzerei, sondern nur nach Stoff und außergewöhnlicher, sensationeller Handlung. Diese bietet sich ihm in der Schundliteratur, aber er findet sie ebenso im „Robinson“, in den „Bederstrumpf“-Erzählungen, bei Gerstäcker oder in den Büchern von Jack London. In dieser Beziehung kennt der jugendliche keinen Unterschied zwischen Schundliteratur und guter Literatur, und tatsächlich ist die unmittelbare Wirkung von Stoff und Handlung in beiden Fällen gleich. Der Einwurf, daß im guten Abenteuerbuche das Leben bei aller Romantik doch meist sehr realistisch gezeichnet sei, so daß der junge Mensch auch dazu erzogen werde, es selbst realistisch zu sehen, geht von einer irrigen psychologischen Voraussetzung aus. Der dreizehn- bis siebzehnjährige Leser sieht nicht realistisch im Sinne des Erwachsenen, sondern denkt und sieht unbedingt und absolut.

Aber von so primärer Bedeutung auch während des Lebens der Stoffliche Inhalt ist, so entscheidend ist der Einfluß der übrigen Werte für die Dauer. Wenn ein jugendlicher ausschließlich die in ihren Handlungen grobe, in ihrer Psychologie unwahrscheinlich primitive, in ihrer Sprache rohe, ungeformte und niederliche, in ihrem Gesinnungsgehalte verlogene Schundliteratur liest, so entbehrt er all das, was sich einem anderen Menschen beim Lesen guter Bücher oft ganz unbemerkt darbietet. Die nur Schundliteratur aufnehmende Jugend gleicht den Kindern aus den großstädtischen Ghettosvierteln, deren Phantasie auch

dem Spiel in muffigen Kellern, engen Höfen, verbauten Logerzimmern und nassen Winteln tausend Freuden abzugewinnen weiß, die aber trotzdem Sonne, Weisheit und frische Luft entbehren. Auch in der Welt der Schundliteratur leben die Kinder kraft ihrer Phantasie. Sobald sie das geschilderte Leben phantastisch sehen müssen, erscheint es ihnen häßlich und langweilig. So sucht der jugendliche nach aufregenden Stoffen im Leben direkt, das er nur noch so zu sehen vermag, wie es ihm seine verlogene Literatur gespiegelt hat. Kein Wunder, daß er dann, dauernd geküßelt über die Komplexiertheit des Lebens, sich in seinen Fängen verwirrt und schließlich als eines der vielen Opfer der Schundliteratur vor Gericht steht.

Eben darin liegen die großen Gefahren der Schundliteratur. Aus dem guten Buche schöpft der Lesende, trotz seiner scheinbaren Vergessenheit auf den nur stofflichen Inhalt, eine Fülle anderer Werte. Zum Vergleich denke man einmal an die Jugend eines in der goldenen Freiheit des Danabens aufwachsenden Kindes! Auch dieses Kind lebt in seiner eigenen Phantasiewelt und wird zunächst wenig Gefühl für die Wirklichkeit seiner Umgebung haben. Aber diese Phantasie wird sich nie so rasch und endgültig erschöpfen wie beim Kind in den großstädtischen Ghettosvierteln, weil sich keine Seele jeden Tag mit neuem Reichtum füllt. So nimmt das lebende Kind auch die sittlichen Werte, den Sinnungsgehalt, die Kraft und Sprachgewalt des guten Buches in sich auf. Wie Sonne und Wald und Sturm und die reinen, klaren Sternennächte durchdringt auch die Schönheit des guten Buches das Wesen des Lesenden, baut, formt und gestaltet es und läßt den geistig-seelischen Organismus in natürlicher Gesundheit reifen. Wenn also auch das stetig wechselnde Bewußt der Schundliteratur es unmöglich machen wird, das Kind dieser Lektüre immer fernzuhalten, so wird ein an gute Literatur gewöhntes Kind, ein Kind also mit kräftigem seelischen Organismus, den zeitweiligen nicht zu verhängenden Einflüssen der Schundliteratur ebenso überwinden, wie ein gesunder Körper gelegentlichen Krankheitseinflüssen trotz. Die einzig wirksame Bekämpfung der Schundliteratur ist es demnach, der Jugend noch viel mehr als bisher das gute Buch zu übermitteln, das auch seinem stofflichen Inhalt nach ein Jugendbuch ist.

Händel-Fest der Arbeiterjäger.

Das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut und der Deutsche Arbeiterjägerbund, Gau Leipzig, sowie die Arbeitsgemeinschaften Didamischer und Altsicherer Chöre, Leipzig, veranstalteten am Sonntag bis Montag ein im großen Stil angelegtes Händel-Fest. Den Auftakt bildete am Sonnabendnachmittag eine Begrüßungsfeier im Festsaal des Leipziger neuen Rathauses. Romain Rolland, den man eingeladen hatte, drückte in einem handschreibenden feinsten Bedauern aus, infolge anderweitiger Inanspruchnahme nicht an dem Fest teilnehmen zu können. „Ich bin voll Bewunderung über die deutschen Volksschöre“, schreibt er an den Deutschen Arbeiterjägerbund. „Welch herrliche Einrichtung musikalischen Geistes in den arbeitenden Klassen der Nation! Es wäre nötig,

daß die anderen Völker auch versuchen würden, dieses hohe Ziel sich zu setzen. Könnten sie — selbst von weitem — einem derartigen Vorbild folgen!“

Nach dem Gesang von Ilse Helling-Rosenthal (Rezitation) und Arie aus dem Händel-Oratorium „Esther“ begrüßte Genosse Dr. Riemann (Sohn des verstorbenen Musiklehrers der Universität Leipzig, Hugo Riemann) im Namen der Veranstalter die erschienenen Gäste, die ihrerseits den Veranstaltern ihre Wünsche einbrachten. Die Feier fand ihren Abschluß mit dem Vortrag dreier Männerchöre von Erwin Lendvai (Blodenlied von Spitteler, Brücke von Stephan Zweig und den neuesten Liedergedichten „Die Erde bebte“ von Bruno Schönlank), meisterhaft von den Männerchören Leipzig-Thonberg-Stötteritz und Leipzig-West unter Leitung ihres kampfbewährten Dirigenten Paul Michael, des „Arbeiterkantors“ von Leipzig, vorgegetragen.

Das Fest selbst brachte am Sonnabend eine Aufführung des Oratoriums „Samson“ durch die Dilmarschen Chöre in der Thomaskirche, der am Sonntagmorgen die Altsicherer Chöre mit einer Aufführung des Oratoriums „Herakles“ in der Albertstraße folgten. Sonntagabend sprach im Rahmen der Veranstaltung Prof. Arnold Schering über Georg Friedrich Händel. In einem Kammerkonzert gelangten Orchesterwerk und Kantaten zum Vortrag.

Das Fest fand am Montag seinen Abschluß durch eine Aufführung der Händel-Oper „L'Alcina“ unter Leitung von Generalmusikdirektor Gustav Brecher. Die bedeutendsten Künstler Leipzigs verfaßten so dem ersten Arbeiter-Händel-Fest zu einem weit über die Mauern der Stadt beachtlichen Erfolg.

Walter Hünel.

Eine Marmorkopie des Zeuskopfes von Phidias. Der griechische Archäologe Guib, der die Ausgrabungen zu Corone in Nordafrika leitete, hat mit den beiden englischen Professoren Smith und Borchert eine aufsehenerregende Entdeckung von höchster Bedeutung gemacht. Man fand nämlich eine Marmorkopie des Kopfes der berühmten Zeusstatue des Phidias. Dieses verlorene Bildwerk, das im Tempel von Olympia fand, war die gefeiertste Plastik der Antike und wurde als eines der besten Weltwunder verehrt. Die Statue selbst war aus Marmor gefertigt, während die Gewänder aus Gold bestanden und mit kostbaren Steinen verziert waren.

Ein Land ohne Zensur. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat eine Verfügung der niederösterreichischen Landesregierung, die die Bewilligung von zwei Filmen nicht erteilte, als verfassungswidrig aufgehoben. Durch Bundesgesetz ist in Österreich jede Zensur und nicht bloß die Pressezensur aufgehoben worden.

Ein deutscher Biologe in Japan und Amerika. Der außerordentliche Professor für Kammenbau der physikalischen Chemie in der Medizin an der Berliner Universität, Dr. Leonar Michaelis, der bisher das Biologische Institut an der Nicht-Universität in Kagoga (Japan) geleitet hat, ist für drei Jahre an die Johns Hopkins-Universität in Baltimore berufen worden.

Die größte Lokomotive. Die größte elektrische Lokomotive der Welt ist von einer Genfer Firma für die Bern-Lötschberg-Simplon-Linie geschaffen und auf Versuchsfahrten erprobt worden. Die Lokomotive wiegt 126 Tonnen, hat mehr als 60 Fuß Länge und wird von 6 Motoren angetrieben, die 4500 PS haben. Die Lokomotive, die von einem Führer geleitet werden kann, hat 480 000 R. geklopft und kann eine Höchstgeschwindigkeit von 150 Kilometer in der Stunde gehen.

ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach die Regierung ersucht werden soll, zur Durchführung von Notstandsarbeiten zum Zwecke von Beschäftigung der Erwerbslosen auf dem Lande weitere billige Kredite unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller Reichsgebiete zur Verfügung zu stellen und ein deutschnationaler Antrag, der für ähnliche Zwecke die Durchführung von Maßnahmen wünscht. Weiter findet Annahme eine Resolution des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Regierung zu ersuchen,

1. in bestimmten Zeiträumen eine Uebersicht über die für produktive Erwerbslosenfürsorge getroffenen Maßnahmen zu geben;

2. desgleichen eine Orientierung darüber, inwieweit durch vorgegebene Arbeitsaufträge des Reichs und der Einzelstaaten der Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken werden kann;

3. ferner eine Uebersicht zu geben über den allgemeinen Stand der deutschen Wirtschaft, sowie darüber, inwieweit Maßnahmen vorgezogen sind, um die Weiterentwicklung und Beschäftigung der deutschen Wirtschaft zu fördern.

Bei der Erledigung der von den Kommunisten eingebrachten Anträge stellt sich heraus, daß sie fast sämtlich bereits im Ausschuss behandelt und materiell in dem Ausschussantrag einbezogen sind.

Abg. Dismann macht darauf aufmerksam, daß die Kommunisten es im Ausschuss nicht einmal für nötig befunden hätten, den einen ihrer Anträge, der die Bezahlung der Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten betrifft, begründen zu lassen.

Nach der Abstimmung stellt Abg. Dismann fest, daß der Ausschuss bei Erledigung der Erwerbslosenfürsorge stets sachlich gearbeitet habe,

und daß alle Beschlüsse einstimmig, also mit Einschluß der Kommunisten, gefaßt worden sind.

Auch der gedruckte Bericht ist von den Kommunisten gebilligt und unterschrieben worden. (Hört, hört!) Die Sozialdemokratische Partei werde sich bei der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge nie von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern für die Sache selbst eintreten. Für die Kommunisten sei es kennzeichnend, daß sie jetzt die Beschlüsse des Ausschusses ablehnen, an denen sie selbst mitgewirkt hätten.

Es folgt die zweite Beratung des von den Abgeordneten Dr. Fried (Böhl. N. G. und Gen.) eingebrachten

Gesetzentwurfs zur sofortigen Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Der Rechtsausschuss hat die Aufhebung des Gesetzes abgelehnt und beantragt, nur die obligatorische Zuchthausstrafe und die obligatorische Ausweisung befristeter Ausländer im Gesetz zu streichen.

Abg. Fried (Böhl.) hält den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes aufrecht, wenigstens die Bestimmungen über das Verbot bestimmter Verbände aufzuheben.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) begrüßt den Antrag des Ausschusses als eine Verbesserung.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, daß auch die Sozialdemokratische Partei von der Wirkung des Gesetzes zum Schutze der Republik nicht begeistert sei. Das sei aber nicht die Schuld des Gesetzes, sondern die Schuld der Rechtspflege durch den Staatsgerichtshof und das Reichsgericht. Das Reichsgericht gehe ganz einseitig gegen Sozialisten und Kommunisten vor, aber der hohe Ton der völkischen Presse gegenüber der Republik und ihren Ministern werde nicht als Beschimpfung der Republik angesehen. Man müsse daran zweifeln, ob Richter, die in solcher Weise das Gesetz auslegen, noch als objektiv angesehen werden können.

Der Redner erwähnt mehrere Fälle, in denen das Reichsgericht nichts gegen maßlose Beschimpfung der republikanischen Einrichtungen unternommen hat. Das schlechte Ergebnis des Republikenschutzes ist eben eine Folge der Tatsache, daß die Rechtspflege zum Teil in der Hand monarchistisch gesinnter Richter ist. Wenn wir trotzdem den Antrag der völkischen Rechte an, wonach das ganze Gesetz aufgehoben werden soll, ablehnen, das aus dem Grunde, weil ein solches Gesetz die Erinnerung an den republikanischen Staat notwendig ist. (Zuruf v. d. Böhl.: Ritualmorde!) Wir sind aber für eine Milderung des Gesetzes, die zum Zwecke hat, Zuchthausurteile gegen links gerichtete Arbeiter unmöglich zu machen. Die Regierung muß aber auch nunmehr daran denken, die Strafen der zu Zuchthaus Beurteilten zu mildern. Es genügt nicht, daß wir in Zukunft solche Zuchthausurteile unmöglich machen, es müssen auch in solchen Fällen Milderungen eintreten, in denen Zuchthausurteile bereits ausgesprochen worden sind. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Milderung des Gesetzes dazu beitragen wird, eine bessere Rechtspflege gegen links zu schaffen.

Bei der Abstimmung bezweifelt Abg. Aube (Böhl.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau ist sich einig darüber, daß das Haus beschlußfähig ist. Darauf stellen die völkischen den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Ausschussantrag. Sie werden darin von den Deutschnationalen unterstützt. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Ausschussantrags mit 234 gegen 102 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Gegen 5½ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das Abkommen mit Oesterreich über die Vereinfachung der sozialen Versicherung und die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die vermögensrechtliche Auseinanderlegung der Länder mit den vormals regierenden Fürstenthümern.

Für die Hochwassergebiete.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, zur Behebung der fürchterlichen Schäden in den Gebieten der Elbe, Saale, Mulde, Oder, Donau und in den anderen vom Hochwasser betroffenen Gebieten ausreichende Mittel bereitzustellen.“

Den beteiligten Ländern sind Gelder als Beihilfe zur Unterstützung, insbesondere der Kleinbauern und Pächter, zur Verfügung zu stellen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der durch die Ueberschwemmungen für weite Gebiete hervorgerufenen wirtschaftlichen Katastrophe. Angesichts der außergewöhnlichen Not beschloß das Kabinett, sofort entsprechende Mittel zur Linderung verfügbar zu machen.

Die tägliche Verleumdung.

Reichsbanner und Hochwasserhilfe.

Ohne eine Verleumdung am Tage gegen die Sozialdemokratie kann die Rechtspresse nicht leben. Die „Deutsche Zeitung“ hat sich diesmal das Reichsbanner ausgesucht. Die Hochwasserkatastrophe muß den Stoff zu einer erbärmlichen Verleumdung gegen das Reichsbanner abgeben. In großer Aufmachung wird eine Magdeburger Meldung wiedergegeben, wonach das Reichsbanner bei einem Dammbrech seine Hilfe versagt habe und im entscheidenden Moment abgerückt sei, weil man ihm nicht einen Stundenlohn und ausreichende Verpflegung garantiert habe. Diese Verleumdung des Reichsbanners übernimmt die „Deutsche Zeitung“ aus der Rechtspresse Magdeburgs. Sie wird dadurch um keinen Deut wahrer. Das Reichsbanner hat im Gegenteil von Anfang an sich in den Dienst der Abwehr gegen die Hochwasserkatastrophe gestellt. Am 20. Juni schon veröffentlichte die „Magdeburger Volks-

Privatkapitalistische Krisenausbeutung

Ein Konsortium der Montankonzerne zum Quotenkauf.

In der Montanindustrie gehen Dinge vor, die das höchste Interesse der Arbeiterschaft beanspruchen müssen. Die Gründung des Stahltruffs hat, wie zu erwarten war, in den Montankonzernen einen lebhaften Kampf um die Quoten der Eisen- und Stahlprodukte hervorgerufen. Nach der Angliederung der L. O. Charlottenhütte-Riederscheid wurde von Fusionsverhandlungen zwischen dem Stahltruff und mehreren anderen Montankonzernen berichtet. Für den Klockner-Konzern und die Gute-Hoffmanns-Hütte, auch den Mannesmannröhren-Konzern, dem der Stahltruff die Angliederung vorgeschlagen haben soll, bestätigen sich die Meldungen nicht. Dagegen schweben Verhandlungen mit dem Zweck der Fusion zwischen dem Stahltruff und dem Linke-Hoffmann-Bauchhammer-Konzern sowie dem neugegründeten obersteilischen Montantruff.

Die irtümlichen Meldungen über die Flierung von Stahltruff, Haniel und Klockner hängen aber mit anderen und viel wichtigeren Vorgängen in der Montanindustrie zusammen, die bisher der Öffentlichkeit nur schwer erkennbar waren. Gemeinsam mit dem Stahltruff hat sich nämlich ein Konsortium von starken Montankonzernen gebildet (Vereinigte Stahlwerke, Hoersch, Klockner, Krupp, Haniel, Linke-Hoffmann-Bauchhammer), um Montanwerte gemeinsam zu kaufen und ihre Syndikatsquoten gemeinsam zu verwerten. Die erste Aktion in dieser Richtung war der Kauf der Stumm-Werke. Ueber die Stumm-Werke wird so verfügt, daß die Norddeutsche Hütte in Bremen als Wert des Konzern-Konsortiums weiterbetrieben wird, die übrigen Werke aber nach und nach gänzlich stillgelegt werden. Die Quoten werden aufgeteilt. Das Verwertungskonsortium beschränkt sich aber nicht auf eine Stummaktion. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, sollen nach Möglichkeit alle Eisenwerke aufgekauft werden, die nach ihrer finanziellen und technischen Lage keine Rentabilität mehr erhoffen lassen, um sich die diesen Werken zustehenden Syndikatsquoten zu sichern. Zu diesem Zweck ist vereinbart, daß die einzelnen Konzerne entsprechend ihrer Beteiligung in der Rohstahlgemeinschaft die erforderlichen Kaufsummen aufbringen und bei der Neuzerteilung der Quoten im Verhältnis ihrer eigenen Verbandsquoten beteiligt werden. Nach Stumm würde der Ankauf der Kom-

bacher Hüttenwerke ins Auge gefaßt. Eine in der vorigen Woche getroffene Entscheidung hat das Projekt aber vorläufig zurückgestellt, den Meldungen zufolge wegen der zu großen Verschuldung der Gesellschaft, wahrscheinlich aber, um den Erwerb zu einem billigeren Preise durchführen zu können.

Daraus ergibt sich, daß der durch die Gründung und die Expansionsbestrebungen des Stahltruffs entseffelte Quotenkampf zwar mit voller Wucht im Gange ist, daß sich die Beteiligten aber auf eine wirtschaftliche Form der Kampfführung geeinigt haben, um sich nicht gegenseitig die Preise in die Höhe zu treiben. Darüber hinaus enthüllt sich hinter dem Konsortium der Montankonzerne eine gewaltige Organisation zu einer rein privatkapitalistischen Ausbeutung der Krise gegen die Gesamtiinteressen. Der Quotenkauf wird zum Instrument tiefer Kapitalauszahlungen an bankrotte Kapitalisten und ihre Gläubiger, das Montankonsortium saniert größtenteils verlorene Millionenforderungen von Bank- und anderen Gläubigern, nur um die Syndikatsquoten zu erwerben, während die Werte selbst stillgelegt und abgebrochen werden.

Damit werden Probleme aufgerissen, die für die Arbeiterschaft von der größten Bedeutung sind. Was hier geschieht, ist keine rationelle Arbeit zur Krisenlösung mehr, sondern der Weg zu einer userlosen Verschärfung der Krise. Nichts kann der Arbeiterschaft ferner liegen, als der notwendigen Rationalisierung der Produktion und auch der Rentabilisierung der leistungsfähigen Werke in den Arm zu fallen. Sie kann aber unmöglich zusehen, wie durch den organisierten Quotenkauf Millionen und aber Millionen verpulvert und die Arbeitslosigkeit hemmungslos vermehrt wird, während die angliedernden Werke überkapitalisiert und damit gezwungen werden, in absehbarer Zeit die Folgen der Ueberkapitalisierung entweder durch höhere Preise und Zölle oder durch systematischen Lohndruck oder beides auf die Gesamtwirtschaft abzuwälzen. Hier liegen Gefahren von einer Größe, die die Arbeiterschaft wie die Öffentlichkeit zu sofortigen Gegenmaßnahmen veranlassen müssen, wenn das Gesamtinteresse an einer volkswirtschaftlich rationalen Krisenlösung nicht auf das schwerste gefährdet werden soll.

Basch hat gesiegt!

„Der Mahnruf einer großen Zeit“.

Staaten hatte am Sonntag seinen großen Tag. Auf dem Flugplatz wurde der siegreiche Einzug Wilhelm I. durch das Brandenburger Tor gefeiert. Nach dem jubelnden Bericht der „Deutschen Zeitung“ stellten „mehrere Tausend Mann des Stahlhelms“ und der anderen „vaterländischen Verbände“ die Kompanie. Die Generalrollen des Films wurden von echten, wenn auch abgetakelten Generälen gespielt.

„Mancher“ so sagt die „Deutsche Zeitung“, trägt sein altes ordensgeschmücktes Feldgrau. Man sieht General v. Dichting, General von Linsingen, Erz. Wächter, Oberst a. D. Struensce, Oberst v. Lud., und viele bekannte Mitglieder des R. D. D. Prinz August Wilhelm wohnt auf der Tribüne mit den Söhnen des Prinzen Oskar den Ausnahmen bei.“

Schade, daß die Hohenzollernprinzen nicht ebenfalls Siegeszug gemittelt haben. Das wäre aber eine, wenn auch nicht nützliche Arbeit gewesen, und bekanntlich dürfen die Fürsten zwar Millionen kriegen, aber ja nicht arbeiten!

Zum Schluß wird der Bericht des alldeutschen Blattes ironisch: „Was als heiteres, farbiges Spiel gedacht war, wird unerwartet plötzlich zum vaterländischen Erlebnis. Der Jubel wächst und wächst, als in langen schmerzerden Reihen die siegreichen Truppen im strammen Paradeschritt vorbeiziehen.“

Und vor wem haben „die siegreichen Truppen im strammen Paradeschritt“ defiliert? Vor dem „Heldenkaiser“? Wem verdankt man das „kleine vaterländische Erlebnis“? Circa dem Prinzen August Wilhelm oder den Sprößlingen des Prinzen Oskar?

Ach nein! Die „Deutsche Zeitung“, die ihren Bericht überschrieben hat: „Der Mahnruf einer großen Zeit“ läßt ihre Leser sich selbst auf:

„Regisseur Basch, der eben noch mit heiserer Stimme: „Bewegung, Bewegung“ in die Masse rief, läßt schmunzelnd das Sprachrohr sinken.“

Heiliger Botan! Das ist aber ein Reinfall! Das „kleine vaterländische Erlebnis“ war das Wort eines Basch. Ein Basch hat bis zur Helferei den Tausenden von Stahlhelmlieuten „Bewegung“ kommandiert. Und die ordensgeschmückten Erzleuten a. D. haben vor dem Kurbelkasten eines Basch Gänsemarsch geübt! Und die „siegreichen Truppen“ haben vor Basch salutiert und defiliert! Das ist ja der Gipfel der hebräischen Lüge.

Schwarz-Rot-Gold im Ausland.

Eine große Kundgebung des Amsterdamer republikanischen Deutschland ist von der Ortsgruppe Amsterdam des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anlässlich der Wiederkehr des deutschen Verfassungstages für Sonntag, den 8. August d. J., in Aussicht genommen. Der deutsche Reichstagspräsident Böbe wird voraussichtlich bei dieser Gelegenheit die Festrede halten. Die geplante Kundgebung wird wesentlich dazu beitragen, nicht nur dem Auslande den Willen des Auslandsdeutschen zur Republik und ihren Farben, sondern auch dem alten Vaterlande dessen Entschlossenheit, sich nicht zu reaktionären Zwecken mißbrauchen zu lassen, darzutun.

Unterzeichnung des deutsch-lettländischen Handelsvertrages. Der lettländische Minister des Auswärtigen Umanis und der deutsche Bevollmächtigte Dr. Koeber haben den lettländisch-deutschen Handelsvertrag sowie die Ausführungsvereinbarung zum vorläufigen Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Lettland und dem Deutschen Reich vom 15. Juli 1920 unterzeichnet.

Letzte Nachrichten.

Erdbeben in Süddeutschland, Schweiz, Frankreich.

Freiburg, 28. Juni. (W.B.) Heute Abend 11.01 Uhr wurde hier ein kurzer, aber sehr heftiger, mehrwelliger Erdstoß verspürt, der von überaus starkem Rollen begleitet war. Der gleiche Erdstoß ist von der Heidelberger Sternwarte registriert worden. Er wurde wahrgenommen in der ganzen Schweiz, im Bodenseegebiet bis hinüber nach Frankreich über die Vogesen hinaus. In Freiburg beobachtete man die Erschütterung in einem verhältnismäßig starken Schwanken namentlich hochgebauter Häuser.

stimme“ einen Aufruf des Gauvorstandes des Gauces Magdeburg-Anhalt, in dem alle Kameradschaften aufgefordert werden, den Behörden jederzeit zur Verfügung zu stehen und sich für den Fall des Aufrufs bereit zu halten.

Vom Landrat Gebhardt wurden in der vorigen Woche 150 Mann um Hilfe nach dem Orte Kieripps gebeten, um dort einen Dammbrech zu verhindern. Die Kameradschaft des Reichsbanners erschien sofort. Es war aber keine behördliche Leitung und Aufsicht zur Stelle, es fehlte an Werkzeug und Materialien. Trotz stundenlanger Bemühungen war es nicht möglich, von irgend einer behördlichen Stelle das fehlende Werkzeug zu beschaffen. Infolgedessen ließ sich an diesem Punkte der Dammbrech nicht verhindern. Die Reichsbannertruppe mußte unter Lebensgefahr am Abend zurückgezogen werden. Am anderen Morgen erschien die Technische Nothilfe mit reichlich vorhandenen Hilfsmitteln, Werkzeugen usw. Die Nothilfe konnte aber auch nichts mehr ausrichten, weil es inzwischen zu spät geworden war. Die „Volksstimme“ veröffentlicht eine Mitteilung des Leiters der Technischen Nothilfe, Dr. Schleidt, in der anerkannt wird, daß das Reichsbanner „geleistet hat, was bei den geringen Hilfsmitteln überhaupt zu leisten war, und daß die aufgebotenen 150 Mann sehr wohl imstande gewesen wären, das Wasser abzuhalten, wenn ihnen Hilfsmittel und sachmännlicher Rat zur Verfügung gestanden hätten.“

Der „Deutschen Zeitung“ und ihrem Korrespondenten ist natürlich dieser Tatbestand ganz genau bekannt gewesen. Es kommt aber nicht darauf an, wirkliche Hilfe für die Hochwassergebiete zu erreichen, es kommt nur auf die Verleumdung gegen das verhaßte Reichsbanner an. Diesem edlen Bedürfnis wird alles geopfert — auch die Wahrheit.

Stressemanns Echo in Paris.

Die Monarchisten als Friedenshinderer.

Paris, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ befaßt sich an leitender Stelle mit der Rede Stressemanns vor der ausländischen Presse, die er als bedeutendes politisches Ereignis begrüßt. Sie sei um so bemerkenswerter, als in einem Augenblick, in dem der Völkerverbund eine schwere Krise durchmache, der deutsche Außenminister die Notwendigkeit der Fortsetzung der Locarnopolitik betone. Dieser Geist von Locarno müsse sich vor allen Dingen in der Abrüstungsfrage äußern. Die materielle Abrüstung müsse mit der moralischen Hand in Hand gehen. Hier blieben leider noch „zahlreiche Etappen“ zurückzuliegen. Wenn Stressemann erkläre, daß der Krieg ein Unglück für alle gewesen sei, so müsse man bedauern, daß 1914 die regierenden Schichten Deutschlands das nicht schon eingesehen hätten, und auch heute noch ein großer Bruchteil des deutschen Volkes davon träume, mit den Waffen das zurückzuerobern, was durch die Waffen verloren ging. „Alles, was in Deutschland direkt oder indirekt (sollte das ein Seitenhieb auf die Stressemannsche Volkspartei sein? Red. d. B.?) die Rückkehr zur Monarchie verlangt, welche die große Schuldige an der Weltkatastrophe war, setzt nach Kenanthe und demüht sich sogar, diese durch Mittel vorzubereiten, die an dem guten Willen und der Ehrlichkeit Deutschlands, was die Ausführung der Friedensverträge anbelangt, zweifeln lassen.“

Das Blatt schließt: Die Sprache Stressemanns ist „die Sprache eines Staatsmannes mit weitem Herzen und liberalen Auffassungen, eine Sprache, von der man wünschen könne, daß sie in ganz Deutschland verstanden und in Zukunft sich in Taten äußern möge.“

Keine Schuldenverhandlungen mit Amerika?

Paris, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht von der bevorstehenden Entsendung einer neuen Schuldendelegation unter Führung Bokanowskis nach Washington wird am Montag Abend nochmals halbamtlich demontiert. Das Dementi kann sich aber nur auf die Person des Delegationschefs beziehen, die in den Kreisen der Linken bereits scharfen Widerspruch ausgelöst hat. Dagegen ist man in den politischen Kreisen überzeugt, daß Caillaux zur Durchführung seines neuen Finanzprogramms auf größere amerikanische Kredite rechnet. Man nimmt deshalb an, daß die Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen in Washington und vielleicht in London vorläufig nur verschoben ist und Caillaux, bevor er sich in irgendeiner Richtung festlegt, abwarten will, welche Aufnahme die neue Regierung im Parlament finden und welche Vorschläge der Expertenbericht enthalten wird, der in den ersten Tagen des Juli fertig vorliegen soll.

Gewerkschaftsbewegung

Unternehmer gegen Angestellte. Heimliche Beschränkung der Freizügigkeit.

Schon seit längerer Zeit bemühen sich der AFA-Bund und die ihm nahestehenden Parteien im Reichstage, ein Gesetz herauszubringen, das die älteren Angestellten vor Entlassungen schützen soll. Ebenso um die Einführung der Berufungspflicht der paritätischen Arbeitsnachweise unter Beseitigung der doppelten Stellenangebote. Wie notwendig derartige Forderungen sind und mit welchen — in seiner Auswirkung — brutalen Mitteln einzelne Arbeitgeberverbände vorgehen, zeigt ein Auszug aus den Satzungen des Verbandes deutscher Schulmöbelfabrikanten e. V. in Frankfurt (Hf.), den wir der Deutlichkeit und im Interesse der Angestellten nicht vorenthalten wollen. Er lautet:

§ 16. Einstellung von kaufmännischen und technischen Angestellten.
„Es ist den Verbandesmitgliedern verboten, kaufmännische oder technische Angestellte und Monteur ohne Einverständnis der Mitgliedsfirma, bei welcher der Angestellte oder Monteur vorher beschäftigt war, einzustellen.“

Dieser Paragraph beweist eindeutig, daß ein Angestellter, der seine Stellung wechselt, freiwillig oder gezwungen (letzteres wohl jetzt in den meisten Fällen), auf Gnade und Ungnade seinem früheren Chef ausgeliefert ist. Wehe dem Angestellten, der sich vielleicht gewerkschaftlich oder politisch betätigt, was nicht im Sinne seines Unternehmers liegt, oder gar versucht, Gehaltserhöhung zu fordern, der wird entlassen und die Zustimmung zur Beschäftigung in einem anderen Mitgliedsbetriebe des Verbandes verweigert. Er kann dann während seiner Stellenlosigkeit darüber nachdenken, daß der in der Reichsverfassung verankerte besondere Schutz der Arbeitskraft für die Herren Arbeitgeber als nicht geschaffen gilt.

Was würden diese Unternehmer sagen, wenn die Gewerkschaften ähnlich gegen sie verfahren würden? Gegen solchen „Terror“ würde man sofort nach dem Staatsanwalt rufen. Trotzdem scheinen die deutschen Schulmöbelfabrikanten sich untereinander selbst nicht zu trauen, denn es könnte doch vielleicht einer unter ihnen sein, der etwas sozial denkt, und bei Einstellungen das Einverständnis nicht einholt.

Dem muß ein Kiegel vorgeschoben werden; und aus diesem Grunde schuf man den nachfolgenden § 18, der da lautet:

Zwiderhandlungen gegen die Satzungen.

Verbandesmitglieder, welche den Satzungen, Ausführungsbestimmungen oder den Beschlüssen wesentlich oder jährlich zuwiderhandeln, sind, abgesehen von einer entsprechenden Strafzahlung an die Verbandskasse, jedem verletzten oder geschädigten Mitgliede in vollem Umfang schadenersatzpflichtig.

Jedes Mitglied des Verbandes ist gehalten, eine ihm bekannt werdende Zwiderhandlung anderer Mitglieder unverzüglich zur Kenntnis der Geschäftsstelle zu bringen, die die Namen der Melgenden möglichst geheimzuhalten hat.

Wir glauben, daß durch die Strafbestimmung die Kasse des Verbandes deutscher Schulmöbelfabrikanten nicht allzu sehr gefüllt wird, daß vielmehr die Leidtragenden die Angestellten der genannten Industrie sind.

Ein Gutes hat auch diese Leuserei. Die Angestellten erkennen daraus, daß sie sich mehr denn je in ihrer Organisation zusammenschließen müssen, um so den Rachbüßeln der sich als Slavenhalter fühlenden Unternehmer zu wehren.

Bei Vorsig.

Ein Beitrag zur Fluktuation.

Aus dem Bericht der Betriebskrankenkasse für 1925 entnehmen wir, daß am 1. Januar 1925 bei Vorsig 5896 männliche, 491 weibliche, zusammen 6287 Arbeitnehmer beschäftigt waren. Im Laufe des Jahres 1925 war ein Zugang von 4647 männlichen, 200 weiblichen, zusammen von 6847 Krankentassenmitgliedern zu verzeichnen. Diesem Zugang steht ein Abgang gegenüber von 5807 männlichen, 221 weiblichen, zusammen von 6028 Versicherten, so daß am Jahresabschluss 1925 4736 männliche und 470 weibliche, zusammen 5206 Versicherte gezählt wurden.

Es sind also 4647 männliche Arbeitnehmer neu eingestellt und bei einer Gesamtzahl von 5896 am Jahresbeginn beschäftigten männlichen Arbeitnehmern nicht weniger als 5807 entlassen worden, d. h. nur 89 weniger als die gesamte Zahl der beschäftigten männlichen Arbeitnehmer.

Man spricht in solchen Fällen von starker Fluktuation, während der jugendferne Volksmund gleich von Laubenschlag redet. Obwohl es bemerkenswert ist, daß gerade in dem Betriebe, dessen einer der Inhaber in der Unternehmerorganisation die Hauptrolle spielt, ein so starker Wechsel vorkommt, handelt es sich hier für uns weniger um den einzelnen Betrieb, als um eine wertvolle Anregung.

Aus allen Berliner Betriebskrankenkassen müßte auf Grund der Mitgliederbewegung der Betriebskrankenkassen einmal festgestellt werden, wie groß die Fluktuation insgesamt im letzten Jahre war. Das Material müßte dem Ortsausschuß des ADBB zur Zusammenstellung übermittelt werden. Der einzelne Betrieb interessiert nur insoweit, als er erheblich unter dem Durchschnitt des Beschlages bleibt oder ihn wesentlich überschreitet. Bei regelmäßiger alljährlicher Feststellung ließe sich eine gute Uebersicht über die Fluktuation in den Betrieben gewinnen, die die geringe Mühe reichlich lohnte.

Entlohnung unter dem Tarif.

Vom VBMA. verboten, aber geschürt.

Ein Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Fabrikant Böge, beschäftigte einen jungen Mann als Bureauboten gegen einen Wochenlohn von 11 M. Nach einiger Zeit wurde dem jungen Mann bekannt, daß er nach dem Tarif 18 M. Wochenlohn zu beanspruchen habe. Als er den Tariflohn forderte, erhielt er von seinem Vorgesetzten die Antwort, er werde entlassen, denn der Tariflohn könne ihm nicht bewilligt werden. Um den Leiden der Arbeitslosigkeit zu entgehen, fand sich der junge Mann bereit, für 11 M. weiterzuarbeiten. Nach Angabe des Vorgesetzten soll er sogar gebeten haben, ihn für den alten Lohn weiter zu beschäftigen. Als dann nach einigen Monaten das Arbeitsverhältnis gelöst war, klagte der junge Mann beim Gewerbeamt auf Nachzahlung von wöchentlich 7 M. von da ab, wo er den Tariflohn gefordert hätte. Der Vertreter des Klägers betriebe sich darauf, daß der Tarif nach dem

Gesetz unabhängig sei. Selbst wenn sich der Kläger mit dem niedrigeren Lohn einverstanden erklärt haben sollte, so habe er das getan, um eine Kasse abzugeben. Der Beklagte, der diese Kasse ausnutzte, habe damit gegen die guten Sitten verstoßen, er müsse also die Differenz nachzahlen.

Das Gericht sprach dem Kläger nur die auch vom Vertreter des Beklagten anerkannte Forderung für die beiden letzten Wochen seiner Beschäftigung zu, weil er den Empfang des Lohnes für diese Zeit unter Vorbehalt quittiert hatte. Mit dem übrigen, weitaus größten Teil seiner Forderung wurde der Kläger abgewiesen, weil er in jener Zeit ohne Vorbehalt quittiert hatte. Das Urteil wurde damit begründet, daß nach der ständigen Substanz ein Verstoß gegen das Tarifgesetz nicht vorliege, wenn der Kläger „freiwillig“ auf den Tariflohn verzichte. Der Beklagte habe auch nicht gegen die guten Sitten verstoßen, denn der Kläger habe ja gebeten, zu dem niedrigeren Lohn weiterbeschäftigt zu werden.

Dem Beklagten stand als Vertreter ein juristischer Angestellter des VBMA. zur Seite, der versicherte, der VBMA. habe seine Mitglieder angewiesen, in keinem Falle untertarifliche Löhne zu zahlen, sondern Arbeitnehmer, die den Tariflohn nicht verdienen, zu entlassen.

Die Sachlage ist demnach so: Der Beklagte hat als Mitglied des VBMA. einen größtenteils Verstoß gegen die Anordnung seiner Organisation begangen. Trotzdem aber hält sich der VBMA. für verpflichtet, sein tarifstrafendes Mitglied durch Stellung eines Prozessvertreters vor der Nachzahlung des Tariflohnes zu schützen, was einer Begünstigung des tarifwidrigen Verhaltens gleichkommt.

Das Lehrlingshalten im Friseurgewerbe.

In diesem Gewerbe war die Lehrlingszucht so rücksichtslos betrieben worden, daß sich endlich eine Einschränkung auf Betreiben der Gehilfenorganisation erreichen ließ. Nach der ersten Verordnung des preussischen Handelsministers durfte in einem Betriebe nur je ein Lehrling gehalten werden, in gemischten Betrieben ein zweiter Lehrling nur dann, wenn dieser ausschließlich im Damenfriseur auszubilden war.

Ab 1. Juli tritt nun auf Anordnung des Handelsministers eine Änderung zugunsten der Arbeitgeber insofern ein, als ein zweiter Lehrling eingestellt werden darf, wenn der erste das zweite Lehrjahr vollendet hat; in gemischten Betrieben aber (Herren- und Damenfriseurgeschäften) ein dritter Lehrling, wenn einer der beiden das zweite Lehrjahr vollendet hat.

Da die meisten Herrenfriseurgeschäfte sich mit auf das Damenfach umgestellt haben und diese Umstellung nach weiteren Umfang nimmt, ist damit zu rechnen, daß von der neuen Berechtigung, drei Lehrlinge zu gleicher Zeit zu halten, reichlich Gebrauch gemacht wird. Wenn nicht ein Teil der Selbständigen einsichtig genug wäre, den Alt auf dem sie sitzen nicht abzulegen, dann müßte die alte Lehrlingszucht bald wieder drei machen.

Auch in der neuen Verordnung fehlt jegliche Anpassung der Lehrlingsziffer an die Zahl der beschäftigten Gehilfen. Die Gehilfenziffer aber bietet den einzig brauchbaren Rohstoff für den Bedarf an beruflichen Nachwuchs. Ausschlaggebend darf nicht das Verlangen der Meister nach Lehrlingen sein, sondern der Bedarf an Gehilfen. Wenn nicht ein einziger Gehilfe bei drei Lehrlingen gehalten werden muß, dann ist der Lehrlingszucht Tür und Tor geöffnet.

Das „Prinzip“ gegen den Betriebsrat.

Die Arbeiterinnen der Firma Dewitt u. Herz, Fabrik von Chirurgieartikeln, unterbreiteten dem Betriebsrat eine auf ihr Arbeitsverhältnis bezügliche Beschwerde. Der Vorsitzende des Betriebsrats unterwarf die Beschwerde pflichtgemäß an Ort und Stelle, was einen Zeitaufwand von einer halben Stunde erforderte. Für diese halbe Stunde veräußerte Arbeitszeit zog die Firma dem Betriebsratsvorsitzenden den Lohn im Betrag von 65 Pf. ab, die dann durch Klage beim Gewerbeamt gefordert wurden. Der Vertreter der Firma erklärte, es handle sich für ihn um eine prinzipielle Entscheidung, denn der Kläger hätte nicht nötig gehabt, die Beschwerde während der Arbeitszeit zu erledigen, er hätte das auch nach der Arbeitszeit oder in seiner Sprechstunde tun können.

Das Gericht billigte das „Prinzip“ der klagenden Firma nicht, sondern erklärte ihr Verhalten für kleinlich und die Forderung des Klägers an sich für berechtigt. Aber es mußte — wie der Vorsitzende bemerkte — mit Bedauern um Abweisung der Klage erkennen, weil die Firma eine vom Kläger unterschriebene Quittung vorlegte, welche den Bessus enthält, daß er den Empfang des Lohnes „unter Anerkennung der Richtigkeit der Abrechnung“ bescheinigt.

Der Kläger hatte diese Quittung unbedenklich unterschrieben in der Meinung, er bescheinige damit nur, so und so viel Mark und Pfennige richtig erhalten zu haben ohne damit auf eine weitere berechnete Forderung zu verzichten. Durch diesen formalen Irrtum des Arbeiters hat die Firma zwar einen materiellen Erfolg von fünfundsiebzig Pfennigen erzielt, aber in ihrem „Prinzipienkampf“ gegen den Betriebsrat ist sie unterlegen.

Auch eine „geistige Bewegung“.

Aus München wird uns geschrieben: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der jüngst im Bürgerbräuhaus zu München, der historischen Stätte der hitlerischen Hanswurstaube in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923, seinen Verbandstag abhielt, hat offenbar das Chamäleon als sein Vorbild proklamiert. Der Hauptvorsitzende Bichly kennzeichnete die Stellung des DHB. dahin, daß der Verband parteipolitisch neutral bleibe, daß er aber von Fall zu Fall in Dienste seiner Ziele seinen politischen Einfluß in die Waagschale werfen müsse. Der Verband sei demokratisch, aber nicht parteidemokratisch, deutschnational, aber nicht parteideutschnational, völkisch, aber nicht parteivölkisch, nicht monarchisch, aber auch nicht republikanisch, nicht schwarzweißrot, aber auch nicht schwarzrotgold. Der Verband sei als etwas Eigenes entstanden, aus deutschem Blut für sich erzeugt. Der Bericht verzeichnet an dieser Stelle „lebhafte Zustimmung“. Die führenden Persönlichkeiten dieser Gönnerschaft-Gewerkschaft sind Parlamentarier in der Deutschnationalen „Volkspartei“, Deutschen „Volkspartei“, im Zentrum und in der Deutschvölkischen „Freiheitspartei“, Interessengruppen, die auf ihre Fahne den Schutz des Besipps und die Anerkennung und Festigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschrieben haben und den Menschen weit hinter die Dividendenpolitiker setzen. Die Mannen des DHB. bezeichnen trotzdem ihre „nationale“ (natürlich!) Organi-

lation noch immer als eine „geistige Bewegung“. Es sei dahingestellt, ob es dieser Bewegung mehr an Geist oder an Chartisten fehlt. Bei allem Farbenprunk, den sie aufgespielt hat, bleibt ihre Grundfarbe nationalistisch, hervorgegangen aus dem Antisemitismus.

Die Wirtschaftskammern im Hessischen Landtage.

Die Gewerkschaften aller Richtungen führen seit längerer Zeit einen Kampf um die Parität der Berufs- und Wirtschaftskammern. Zur Unterstützung dieser berechtigten Forderungen stellte die sozialdemokratische Fraktion des Hessischen Landtages folgenden Antrag: „Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu erwirken, daß ein Gesetzentwurf über die Herbeiführung der paritätischen Wirtschaftsverbindungen gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung alsbald den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird.“

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Für den Antrag stimmten Deutschnationale, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Parteien der Arbeitgeber, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund, sowie der Arbeitgebervertreter der Demokraten stimmten dagegen. Die Regierung stellte sich auf den Boden des Antrages. Die Arbeitgebervertreter im Hessischen Landtag empfahlen die Errichtung reiner Arbeitnehmerkammern.

Die Gewerkschaften haben wiederholt erklärt, daß die Arbeiter und Angestellten an der Errichtung reiner Arbeiterkammern kein Interesse haben. Die Reichsregierung hatte es seither an jeder Initiative zur Einführung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer fehlen lassen. Deshalb sind Willensäußerungen, wie die des Hessischen Landtages und der hessischen Regierung von besonderer Bedeutung. Die Reichsregierung erklärte wiederholt, daß das Berufswesen dem Landesrecht unterliege. Sie erwartet scheinbar die Initiative der Länder. Die Gefahr einer vielgestaltigen zersplitterten Regelung verbietet diesen Weg.

Die Arbeitnehmer erwarten daher endlich die Umgestaltung der Klassenkammern des Unternehmens in Gesamtschaftskammern. Es wäre erwünscht, wenn der Druck von allen maßgebenden Stellen zu einer baldigen Erfüllung des Verlangens der Arbeitnehmer führen würde.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftsfunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 6, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M.

„Die Arbeit“ hat schon im ersten Jahrgang in Aufsätzen von Einzelnern und Körpern darauf hingewiesen, daß das in der Verfassung gegebene Versprechen, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, nur einzulösen ist, wenn auch der Aufbau von Arbeitsbehörden nach einem einheitlichen Plan erfolgt. Clemens Körpel nimmt diesen für die Gewerkschaften und für den Ausbau der sozialen Demokratie außerordentlich wichtigen Fragenkomplex in einem Aufsatz „Arbeitsbehörden“ wieder auf und entwickelt einen Plan für einen einheitlichen Aufbau der Arbeitsbehörden. Der Aufsatz wird ohne Zweifel eine rege Diskussion auslösen. Zur Organisation der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“ macht der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule Fritz Friede eine Reihe von positiven Vorschlägen, die die besondere Aufmerksamkeit derer verdienen, die sich mit den Problemen des gewerkschaftlichen Bildungswesens beschäftigen.

Das vor kurzem erschienene Buch „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“ findet in einem Aufsatz von Fritz Raphael eine ausführliche kritische Würdigung. Das Problem der „Auswanderung“ wird in umfassender Weise erörtert von einem der besten Sachkenner auf diesem Gebiete, Dr. Ernst Berger.

Ethar Erdmann legt seine grundsätzlichen Betrachtungen „Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft“ fort und behandelt vor allem die besonderen Funktionen der Gewerkschaften im Verteilungsprozess, unter besonderer Betonung der gesamtwirtschaftlichen Tendenzen der Gewerkschaften.

Die Rundschau bringt außer einer Uebersicht über die „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ insbesondere die „Sozialpolitische Chronik“ und eine reichhaltige Schriftenübersicht.

Geisperte Gastwirtschaften. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtschaften für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Deutscher Hof, Inh. Krumm, Ludauer Straße. — Restaurant „Zum Eisbär“, Inh. Jockisch, Köpenicker Straße 38. — Die Betriebe Fr. Baermann, Oberbaumstraße 1 und Brangel, Ecke Quersstraße. — Prälaten des Ostens, Inh. Brund, Große Frankfurter Straße 16. — Restaurant Rükert, Frankfurter Allee 1. — Löwen-Böhmisch, Spring u. Jaede, Eibinger Straße, Ecke Lindenberger Allee. — Schultheiß-Bagenhofer, Inh. Arthur Franz, Köpenickerstraße 47/48. — Restaurant „Rosenthaler Platz“, Inh. Gohdes vorm. Schenke, Wasser Straße 97. — Restaurant „Reu-Heilgand“, bei Rahnsdorf, Inh. Fröhlich. — Restaurant „Rübezahl“, Inh. Oskar Müller, Am Rühlsee. — Restaurant „Schloß Weissensee“, Inh. Ulrich, Weissensee.

Die englische Beschäftigung gegen die Bergarbeiter.

Den englischen Bergarbeitern soll der Achtstundentag unter Tage, außer der Zeit für Ein- und Ausfahrt, anstatt des Siebenstundentages durch Gesetz aufgezwungen werden. Das Unterhaus verhandelt jetzt über den Gesetzentwurf der Regierung. Auf fünf Jahre „nur“ ist die Schichtverlängerung um eine Stunde vorgegeben, doch die Bergarbeiter wissen, wenn sie erst einmal die Siebenstundenschicht verloren haben, dann wird es sehr schwer sein, sie wieder zu erringen.

Die Regierung will auf diese Weise mit Gewalt der Schwierigkeiten Herr werden, die die Verfassung des Bergbaubetriebes bietet, während die Arbeiterpartei mit Recht darauf hinweist, daß dadurch die Schwierigkeiten nur vergrößert und verlängert werden.

Zugrupsgruppe des DHB. Heute, Dienstag, 7½ Uhr, allgemeine Mitgliederbesprechung der Zugrupsgruppe im Ortsrat, Belle-Alliance-Str. 710, Roter Saal.

Zimmerer! Heute, Dienstag, 7 Uhr, für die Innenbezirke Berlins, Bezirk 1-18, bei 29 Reußstr. 26, Schöneberg, 27, Wilmersdorf, 28, Charlottenburg und 31, Prenzlauer Berg, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Anhalter 2426, Verbandshaus, organisiert für reifliches Erscheinen! Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Chormann; Kultur: A. S. Döhrer; Soziales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Ch. Glöck; Anstalt in Berlin: Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Wenn man infolge Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität etc. das Bedürfnis nach einer gründlichen Kräftigung und Auffrischung verspürt, dann versuche man das wohlgeschmeckte Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemeres und angenehmeres Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein. Man fühlt sich geradezu verjüngt. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes angeblich „Ebensogutes“. Achte genau auf das Etikett.



Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., Dose 50 Pf. Erhältlich in Apotheken, Drogenhandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarme und Bleichsüchtige) 2.20 M., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2.50 M., mit Lebertran 2.50 M., mit Lecithin 5 M. Druckschriften auf Wunsch umsonst und postfrei. Gebr. Patermann, Seltow-Berlin 10.



Neue Flughäfen in Berlin.

Kein Zweig der Technik und des Verkehrswezens bietet für die Zukunft so ungeahnte Möglichkeiten wie der Flugzeugbau und der Luftverkehr. So verhängnisvoll Deutschlands zentrale Lage in Europa schon oft in der Vergangenheit für unser Land geworden ist, so wichtig und wertvoll wird sie uns bei der Ausgestaltung des internationalen Luftverkehrs sein. Was Deutschland in Europa, bedeutet Berlin als Zentralnotenpunkt für Deutschland. Es war daher ein vorausschauendes Vorgehen der Berliner städtischen Behörden, als sie im Jahre 1923 den Plan faßten, in Berlin einen großen zentralen Flughafen zu errichten. Im Tempelhofer Feld bot sich ein Gelände, das nach seiner Lage inmitten der Stadt, nach seinen Größenvhältnissen und allen anderen in Betracht kommenden Beziehungen sich dafür so vorzüglich eignet, daß der Chef der englischen Luftstreitkräfte den Platz als geradezu ideal bezeichnete.

Die Berliner Flughafengesellschaft.

Die stürmische Entwicklung des Luftverkehrs im allgemeinen spiegelt sich im kleinen in der Entwicklung des Tempelhofer Flughafens wider. Im Mai 1924 wurde die Berliner Flughafengesellschaft mit einem Stammkapital von 500 000 M. gegründet. Im September 1924 mußte das Gesellschaftskapital von 500 000 M. auf 1 200 000 M. erhöht werden, und das Reich trat der Gesellschaft mit einem Anteil von 300 000 M. bei. Im April 1925 wurde der zwischen der Stadt und der Flughafengesellschaft abgeschlossene Erbbaurechtsvertrag um 10 Jahre verlängert und auf 30 Jahre ausgedehnt. Um die gleiche Zeit mußte das Stammkapital auf 2 000 000 M. erhöht werden. Im Juli 1925 trat auch Preußen der Gesellschaft bei, und das Stammkapital wurde auf 4 Millionen Mark festgesetzt, an denen die Stadt mit 2,1 Millionen Mark, Reich und Preußen mit je 950 000 M. beteiligt sind. Diese Erhöhung wird indessen, kaum zur Befriedigung der gegenwärtigen Bedürfnisse genügen, ist doch der Flughafen bisher noch nicht zur Hälfte ausgebaut. Nach den Plänen des Aufsichtsrats und der Verwaltung, die der Direktor der Flughafengesellschaft G. m. b. H. Sauerheimer in der „Berliner-Technischen Woche“ kürzlich im einzelnen dargelegt hat, muß noch zu den jetzt schon vorhandenen bzw. im Bau befindlichen Betriebsanlagen die Errichtung eines großen Verwaltungsgebäudes, eines Flughafenhotels und eines Reichsluftmuseums kommen. Weiterhin wird noch der Bau von großen Kleinflugzeughallen, die Flugzeuge bis zu 100 Personen Tragfähigkeit bergen können, nicht zu umgehen sein. Für diese Bauten werden noch mehrere Millionen Mark erforderlich werden, die die Gesellschaft aufbringen muß, wenn der Zentralflughafen Berlin zu dem Zentralflughafen Deutschlands bzw. der Welt gemacht werden soll.

In nicht allzulanger Zeit wird als weitere Aufgabe die Anlage eines Wasserflughafens hinzutreten. Da wahrscheinlich die Entwicklung, nachdem die einschränkende „Begriffsbestimmung“ gefallen sind, dahin führen wird, daß Flugzeuge bis zu 10 und 20 Tonnen Nutzlast für den Güter- und Personentransport gebaut werden, die dann zweckmäßigerweise auf Wasserflächen landen und an den größeren Binnenflüssen entlang fliegen, wird auch Berlin, will es sich das Übergewicht im Luftverkehr wahren, auf die Anlage eines großen Wasserflughafens nicht verzichten können. Erfolgreicherweise besitzt Berlin geeignete große und bequem erreichbare Wasserflächen, und es wäre ohne allzuhohe Kosten möglich, eine großzügige Anlage mit den für den Betrieb nötigen Abfertigungsgebäuden am Müggelsee zu schaffen. Als weitere Glieder in der Kette der zu schaffenden Luftverkehrseinrichtungen käme noch die Errichtung von zwei weiteren Flugplätzen in Betracht. Da es aus Sicherheitsgründen nicht statthaft ist, auf einem Verkehrsflughafen während des Flugplanmäßigen Verkehrs mit Sportflugzeugen zu fliegen, und auch aller Schulbetrieb ferngehalten werden muß, andererseits aber diese Betätigungen zur Förderung des Nachwuchses von Verkehrsfliegern unerlässlich sind, muß auch Berlin dafür Sorge tragen, diesem Zweige des Flugwesens ein dauerndes Heim zu schaffen oder zu erhalten. Der jetzt diesen Zwecken dienende Flugplatz in Staaken befindet sich aber in den Händen der Privatindustrie. Schließlich wäre auch die Anlage eines Flughafens für technische Versuche und wissenschaftliche Zwecke sehr wünschenswert. Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt e. V. die bisher einen Flugplatz in Adlershof innehatte, muß dieses Gelände bis Ende 1929 verlassen. Zu den Aufgaben der Versuchsanstalt gehören die Lufttüchtigkeitsprüfungen und Abnahme der Luftfahrzeuge, ihrer Motoren- und Bauteile. Es erhebt sich ohne weiteres, daß es für Berlin, noch mehr für die Versuchsanstalt selber von großem Vorteil wäre, wenn die Gesellschaft in Berlin und damit im unmittelbaren Verkehr mit allen staatlichen und städtischen Zentralbehörden und den großen wissenschaftlichen Instituten bleiben könnte.

Leider haben Reich und Preußen bisher erklärt, daß sie sich nur an dem weiteren Ausbau des Tempelhofer Flughafens beteiligen würden. Alle weiteren Aufgaben seien solche, die nur Berlins Stellung als Zentralflughafen berührten. Die eventuelle Durchführung dieser Pläne müßte also allein zu Lasten Berlins erfolgen. Ob und wann die Berliner städtischen Behörden bei der gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage an diese Aufgaben werden herantreten können, so wünschenswert sie auch sind, steht noch dahin.

Die Entwicklung des Flugverkehrs.

Wie notwendig hingegen der alsbaldige weitere Ausbau des Tempelhofer Flughafens ist, mag auch aus den folgenden Ziffern erhellen werden. Im Jahre 1924 starteten und landeten 476 Flugzeuge, im Jahre 1925 4745, also die zehnfache Anzahl. Die Steigerung der Passagierbeförderung betrug im gleichen Zeitraum das

Zwölfwache, der Postladen das Dreißigfache, des Gepäcks das Bierzigfache, der Frachten das Hundertfache. Es ist zu erwarten, daß die erwähnte Aufhebung der „Begriffsbestimmungen“ sowohl für Deutschlands Flugzeugbau wie den deutschen Luftverkehr förderlich sein wird. Die am 27. Mai erfolgte Eröffnung der neuen direkten Luftlinie Berlin-Paris ist dafür ein erstes und erfreuliches Anzeichen. Zu den im Jahre 1925 regelmäßig besetzten 24 Linien werden daher im Jahre 1926 neue hinzutreten. Es wird daher zu erstreben sein, insbesondere alle großen internationalen Linien über Berlin zu führen und so den Tempelhofer Flughafen nicht nur zum Zentralnotenpunkt des Luftverkehrs zwischen den Ländern Europas, sondern zwischen den Kontinenten der Welt zu machen. Die Entwicklung wird noch gefördert werden durch den Umstand, daß die Betriebsführung jetzt einfacher und wirtschaftlicher werden wird als bisher. Im Jahre 1919 waren an dem damals geringen Luftverkehr nicht weniger als 40 Gesellschaften beteiligt. Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage verringerte sich diese Zahl schnell, bis schließlich nur noch die beiden größten rivalisierenden Gesellschaften Junkers und Aero-Flug übrigblieben. Unter dem Druck des Reichs sind auch diese jetzt in der „Luft-Hansa“ zusammengeschlossen, so daß eine einheitliche Betriebsführung gewährleistet ist.

Alle Vorbedingungen sind somit gegeben, den Berliner zentralen Flughafen zum ersten und wichtigsten der Welt zu machen. Die dafür noch nötigen Mittel müssen aufgebracht werden.

Sicherlich ist Zahl und Umfang der Aufgaben, die Berlin als Folge des Krieges und der Nachkriegszeit, im besonderen auf sozialem Gebiet, noch nachzuholen hat, ungeheuer groß. Aber ungeheuer groß ist auch das Schuldkonto des kurzfristigen Kommunaliberalismus und die Zahl der von ihm verpaßten Gelegenheiten, durch die unserer Stadtgemeinde nicht berechenbarer Schaden zugefügt wurde. Die einzigartige Möglichkeit, Berlins Stellung im internationalen Luftverkehr zu einer überragenden zu machen, darf nicht verpaßt werden.

Hugo Hermann.

Volksfest der Falkenhögener Gartenstadigenossen. Das im Vorjahre von über 10 000 Volksgenossen besuchte Fest findet in diesem Jahre am Sonntag, den 4. Juli, statt. Ihre Mitwirkung haben bis jetzt zugesagt: Der junge Chor unter seinem Dirigenten Heinz Thielens, der Sprecher der Volksschule unter Leitung des Regisseurs Römer, eine Anzahl Gruppen der arbeitenden Jugend, Erich Wehner, Retel, Heinz Kame, Walter Prachnow und andere der Teilnehmer. Früherer Feste bekannte Künstler und Organisationen. Zeitgedanke des am 3 Uhr beginnenden Festes ist: „Der Karr, der Tod, das Paradies“. Beteiligung weiterer Volkstheater am Festzuge ist erwünscht. Wer eine zeitgemäße Idee im Rahmen des Zeitgedankens hat, melde seine Mitwirkung bei dem Genossen Robert Lauch in Grünau (Markt, Alazienhof 25, an, bei dem auch Teilnehmerkarten (Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.) zu erhalten sind. Die Lieferung des Festkostenscheins ist vertraglich festgelegt.

Die Wohnungsnot treibt in den Tod. Vor wenigen Tagen wurde die 63jährige Witwe Theresie Richter, Muskauer Str. 44, von ihrem Sohne in ihrer Wohnung an der Rückentür erhängt aufgefunden. In einem hinterlassenen Briefe teilte sie mit, daß sie, da sie die Wohnung verlassen müsse und keine andere bekomme, freiwillig aus dem Leben scheide.

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

Aber die Bajadere Goethes sucht man vergebens. Zeit ist Geld. Und zum süßen Ländeln, zum zarten Spielen, zum stundenlangen Heranfehlen an die Erfüllung fehlt diesen Meisterinnen das, was man die Liebe einer angebeteten Frau nennt. Hier ist hohe und höchste Kunst, nichts mehr. Aber die bekommt man voll, und man wird für sein Geld nicht betrogen. Der Rest ist: Die süße heilige Sehnsucht nach der Geliebten.

Hier wird der unbezahlbare Wert der geliebten Frau bestätigt. Das wissen die Künstlerinnen auch, und sie machen kein Hehl daraus. Darum verkaufen sie eben nur das, was die Herren wünschen. Mehr wird nicht verlangt für das Geld. Diese Künstlerinnen sind gute Kaufleute, die es verstehen, Kundschaft heranzuziehen und zu halten.

11.

„Wenn Sie es gern hören, kann ich auch Deutsch sprechen.“ sagte Jeannette. „Ich bin ja aus Charlottenburg.“

„Ich habe geglaubt, aus Paris.“

Darüber fühlte sie sich sehr geschmeichelt; denn die echten Französinen riefen ihr „Boche“ entgegen, wenn sie sich zantien. Und die Señoritas zantien sich gern und häufig. Wenn der Zant vorüber war — er war nicht immer wegen der Kundschaft, sondern häufiger wegen Preisdrückerei — dann war Jeannette wieder: „Meine Leure aus Strößburg.“ für die sie ein Mitleid empfanden, das auf patriotischer Grundlage ruhte, ein Mitleid, das daheim in Frankreich bereits anfängt, anderen Gefühlen Platz zu machen. Aber davon wußte man hier nichts; denn die Französinen hatten Frankreich schon eine Reihe von Jahren nicht mehr gesehen.

Jeannette, die Charlottenburg vielleicht Olga hieß, in ihrem Gesundheitspaß aber Jeannette genannt wurde — und dieser Name war durch Photographie beglaubigt — hatte sich während des Krieges in Buenos Aires aufgehalten. Auch dort war sie sehr tätig in ihrem Beruf gewesen und war zu einem Vermögen gekommen.

„Ich bekam plötzlich Lust, einmal nach Hause zu fahren und zu sehen, wie es dort aussieht.“ sagte sie.

Sie fand Vater und Mutter in den elendesten Verhältnissen. Der Vater war in Friedenszeiten ein geachteter Bürger gewesen, Fabrikportier bei einer großen Firma. Nach dem

Kriege war er entlassen worden, weil ein Kriegsinvalide, den das Vaterland nicht unterhalten wollte, untergebracht werden mußte.

Die Leute hatten ihr ganzes Leben lang sich nichts gegönnt, immer nur gespart und gespart, um auf ihre alten Tage etwas zu haben. Sie hatten ihr Geld auf einer mündelsicheren Sparkasse. Als aber dann der Staat durch die Entwertung des Geldes die Mündel, die Dienstmädchen und die alten, ehrbaren Leuten um ihre kleinen Spargüter so gewissenlos betrog, wie es kein Privatmann je hätte wagen dürfen, ohne daß die Menschen ihn in Stücke gerissen hätten, verwandelte sich das Goldgeld der Familie Bartels — Jeannette sagte mir, das sei ihr deutscher Name, aber ich glaube es nicht — in Papierschnitzel, die so wertlos waren, daß man sie nicht einmal auf verschwiegenem Ort mit Erfolg verwenden konnte.

Die Bartels beschloffen, sich mit Gas zu vergiften; aber von irgendeiner Wohltätigkeitsvereinigung bekamen sie für zwei Wochen Graupen, Reis, Trockengemüse und eine Büchse Cornedbeef. Damit hielten sie sich vier weitere Wochen am Leben, und da fuhr eines schönen Nachmittags Jeannette, die soeben von Hamburg und von Buenos Aires gekommen war, ohne sich vorher anzukündigen. Sie brachte soviel Geld mit, daß sie eine ganze Straße in Charlottenburg hätte kaufen können; denn sie hatte Dollars.

„Mädel, Mädel, wie kommst du nur zu so viel Geld?“ hatte die Mutter nur immer wieder gefragt.

„Ich habe einen Viehherdenbesitzer in Argentinien geheiratet, der zwei Millionen Stück Rindvieh hatte. Der ist nun gestorben und hat mir sein ganzes Vermögen hinterlassen.“

„Wer hätte das gedacht, Mädel, daß du einmal solches Glück im Leben haben würdest!“ sagte die Mutter, und Jeannette wurde in der Straße bald bekannt als die „argentinische Millionenwitwe“. Das klang besser als zu sagen, die Olga Bartels, die in Argentinien einen Millionär geheiratet hat. Mit „argentinischer Millionenwitwe“ konnte die Bewandtschaft, die Bekanntheit und die Nachbarschaft besser prunken und mehr Geschwätz machen als mit Olga Bartels. Eine Olga Bartels in der Familie oder in der Nachbarschaft zu haben, das konnte jeder, eine argentinische Millionenwitwe zu kennen, das umgab einen mit einem Glorienschein.

Mit einer Handvoll Dollars kaufte Jeannette ihren Eltern ein Etagenhaus, das im Frieden dreihunderttausend Mark wenigstens wert gewesen war. Sie ließ es auf ihren Namen

schreiben — so geschäftstüchtig war sie, das lerni man draußen —, aber alle Einkünfte aus dem Hause ließ sie den Eltern. Dann kaufte sie ihnen noch eine gute Anzahl Aktien, die den Kurs immer mitmachen mußten, und hinterlegte sie bei einer guten Bank mit der Anordnung, daß die Dividenden gleichfalls ihren Eltern an den Fälligkeitstagen auszuschütten sollten.

Und dann machte sich Jeannette einige gute Wochen. Die hatte sie auch nach den anstrengenden Jahren ehrlich verdient.

Zum richtigen Genuß dieser guten Wochen, gehörte natürlich auch die Mitwirkung des anderen Geschlechts. Das gehört immer dazu, sonst kann man schwerlich von einem guten Leben oder von Vergnügen sprechen. Aber Jeannette machte kein Geschäft daraus, und sie suchte sich die Herren aus, mit denen sie sich erfreuen wollte.

Die Familie war in das große Haus gezogen und hatte, mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung des Wohnungsamts, die Manfardenwohnung einnehmen dürfen, die Jeannette auf ihre Kosten zuvor einbauen ließ.

Eines Morgens, als der Vater zu ihr in das Schlafzimmer kam, das sie sich eingerichtet hatte, fand er einen Herrn in ihrem Bett. Die beiden Bettgäste hatten lange in einem Restaurant gegessen, reichlich Sekt getrunken, und so war es geschehen, daß der Herr nicht rechtzeitig erwacht war, um sich zu anständiger Stunde angemessen und schweigend zu empfehlen.

Der Vater wollte den Herrn verprügeln oder erschießen oder sonst irgendetwas Grauenhaftes mit ihm anstellen. Der Herr hatte Takt, war gut erzogen, und mit äußerster Geschicklichkeit gelang es ihm, sich trotz der Angriffe des Vaters anzukleiden und dann mit Hilfe der Jeannette die Tür und die Treppe zu erreichen.

Damit war er in Sicherheit. Nicht so Jeannette, die nun allein der Angriffe ihres Vaters, der seine Kräfte nicht mehr nach zwei Fronten zu verausgaben brauchte, ausgesetzt war. Die Mutter sprang ihr bei.

Die guten, wohlhabenden Familien, die dort im Hause wohnten, würden von den Ereignissen gar nichts gehört haben, wenn nicht der Vater in seiner gefrankten und schwerbeladigten Bürgerehre sich so blöde betragen hätte, daß die Leute es erfahren mußten, auch wenn sie vielleicht gar kein Interesse daran gehabt hätten, ob Jeannette lieber allein oder in Gesellschaft schlief.

(Fortsetzung folgt.)

Haltung.

Auf dem Dönhofsplatz steigt der Herr ein. Der Wagen fährt zum Hofischen Tor und weiter durch die Poststraße. Der Herr fragt den Schaffner, ob man an der Wödenstraße vorbei komme. Nach dem er hierüber Gewissheit gewonnen hat, löst er einen Fahrchein und bleibt auf dem Hinterrücken stehen. Dann tritt er in den Wagen und setzt sich auf den elastisch nach freien Platz. Der Herr sieht ruhig und gefasst aus. Er hat ein gepflegtes, rundes Gesicht und macht den Eindruck eines Menschen, der in sehr geordneten Verhältnissen lebt und den das Schicksal mit irgendeiner Vorgefährdung belastet hat. Ueberlegene Ruhe und Sicherheit sind ihm zur Gewohnheit geworden, er versteht das Leben zu meistern. Weder links noch rechts blickt er, und sieht interessiert eine Zeitung, die noch immer für Kreuz und Krone eintreten will. Ernste Falten bilden sich um seinen Mund, und hin und wieder nickt er wohlwollend und zustimmend. Der Schaffner ruft mit deutlicher Stimme die Haltestellen aus, aber der Herr überhört die „Wödenstraße“, so vertieft ist er in seine staatsrechtlichen Zeitung. Doch als der Wagen bereits fährt, und die zugestiegenen Fahrgäste noch nicht richtig eingeordnet sind, springt der Herr plötzlich auf. Seine Bewegungen sind fahrig geworden, er sieht sich erregt um und drängt sich rücksichtslos zum Ausgang. Er hebt vor Aufregung. In der Hand schwingt er drohend die Zeitung. Den Schaffner schreit er an, sein gepflegter Kopf verwandelt sich dabei in einen fadenförmigen Tenor. Ja, warum hat man ihm denn nicht gesagt, daß der Wagen an der Wödenstraße hielt. Natürlich sei die Haltestelle ausgerufen worden, einige Fahrgäste bestätigen dies. Aber der Herr hört nicht darauf, er will aus dem schnell fahrenden Wagen springen und wird nur mit Mühe zurückgehalten. Seine ganze prachtvolle Haltung ist dahin, der aus Befehlen gewöhnliche Vorgesetzte hat sich in einen schwachen, zitternden Menschen verwandelt. „Aber ich muß doch pünktlich auf dem Gericht sein, es ist bereits zu spät. Was soll ich nur tun.“ Hilftlos blickt er sich um, ein alter Mann versucht ihn zu trösten. Der Herr hört kaum darauf und flüstert unentwegt: „Tausend Dank, tausend Dank!“ Er steht nun aus, als ob er einen fürchterlichen Schlafschlag erlitten hätte. Als der Wagen hält, springt er heraus, er läuft gegen die Poststraße zurück so schnell, als seine Wohlbeleibtheit es ihm gestattet. Man sieht ihn nach und nach über seine komischen Sprünge.

Fleischvergiftungen in Lichtenrade.

Eine Familie nach Genuß von Schabefleisch erkrankt.

Nachdem die Rossenerkrankungen in Kollberge nun endlich zum Stillstand gekommen sind, und dank der umfangreichen Maßnahmen der Behörden eine Ausbreitung der Seuche verhindert werden konnte, wird ein neuer Fall aus Lichtenrade bekannt, wo eine ganze Familie nach dem Genuß von rohem Schabefleisch erkrankt und ins Brüger Krankenhaus geschafft werden mußte.

Die Familie des Arbeiters Jänike aus der Wittenbächer Straße 2 in Lichtenrade, hatte am Freitagabend in einer Lichtenrader Fleischerei rohes Schabefleisch gekauft, das auch roh auf den Tisch kam und von dem die ganze Familie aß. Bereits in der Nacht zum Sonnabend erkrankte Jänike, dessen Ehefrau Auguste, sowie die beiden Töchter, die zehnjährige Martha und die vierzehnjährige Luise. Am Sonntag hatten die Erkrankten, von starken Vergiftungserscheinungen begleitet, eine derartige Verschlimmerung erlitten, daß die Erkrankten auf Veranlassung des behandelnden Arztes in das Brüger Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Zwei weitere Kinder Jänikes, die bisher anscheinend von der Krankheit verschont geblieben waren, mußten gestern gleichfalls in das Krankenhaus übergeführt werden. Von der Polizei sind sofort alle erdenklichen Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit zu verhindern. Die Untersuchung über den Krankheitserreger ist noch nicht abgeschlossen. Von dem rohen Fleisch wurde noch ein winziger Rest von etwa 30 Gramm vorgefunden, und einem bakteriologischen Institut zur sofortigen Untersuchung überwiesen. Ebenso wird der menschliche Abgang der erkrankten Familie genau untersucht werden. Das Befinden der Erkrankten ist zwar ernst, doch besteht die Hoffnung, alle am Leben zu erhalten.

Ausdehnung des Bannkreises.

Der befreite Raum der Gebäude des Reichs- und des Landtags (Bannkreis) wird von folgenden Straßenzügen umfaßt: der Friedrichstraße von der Hedemann- bis zur Karlstraße, der Karlstraße bis zur Spree, dem Friedrich-Karl-Ufer und dem sich daran anschließenden nördlichen Spreewier bis zur Baustraße, der Luther-Brücke, dem Spreeweg, dem Großen Stern, der Hofjägerallee, der Friedrich-Wilhelm-Straße, dem Lützowplatz, dem Lützowufer am Lützowplatz, an bis zum Schöneberger Ufer, anschließend dem Tempelhofer Ufer bis zur Großbeerenstraße, der Großbeerenstraße vom Tempelhofer Ufer bis zur Königgräber Straße, der Königgräber Straße von der Großbeerenstraße bis zur Hedemannstraße. Die genannten Straßenzüge sind in den Bannkreis mit eingeschlossen.

Innerhalb des Bannkreises sind Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge ohne Rücksicht darauf, ob der Reichs- oder der Landtag verammelt sind oder nicht, nach § 1 des Gesetzes vom 8. Mai 1920 verboten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Reichsregierung.

Verteuerung der Anstaltspflege.

In den Krankenhäusern, Irrenhäusern und Hospitälern der Stadt Berlin wird eine Erhöhung des Unkostenjahres beabsichtigt. Der Magistrat hat bereits einen Beschluß gefaßt und er erlucht jetzt die Stadtoverordnetenversammlung in einer Vorlage um Zustimmung. Er beantragt den Unkostenjahrs zu erhöhen bei den Krankenhäusern von bisher 5,40 M. auf 6 M., bei den Irrenhäusern von bisher 4,80 M. auf 5 M., bei den Hospitälern von bisher 3 M. auf 3,50 M. Nach älteren Gemeindebeschlüssen wurden für die Anstaltspflege der Stadt bisher nur 75 Proz. der Selbstkosten erhoben, und hieron soll auch weiter festgehalten werden. Die Selbstkosten sind aber, wie eine Reibrechnung ergeben hat, in den letzten Jahren unendlich gestiegen. Die oben mitgeteilten neuen Unkostenjahre sind rund 75 Prozent der neuberechneten Selbstkostenbeträge. Der Magistrat möchte ferner auch eine Verzinsung des Anlagekapitals der Anstalten in die Selbstkosten einrechnen, allerdings nur ein Viertel dieses Kapitals und nur mit 2½ Prozent Zins. Er hat sich aber entschlossen, auf diese Reuerung zu verzichten.

Das Ende eines überfallenen Chauffeurs.

Der Kraftwagenführer Theodor Sommer aus der Brinzenstraße hielt am 6. Juni mit seiner Autotaxi aus der Kaiserliche in Friedenau, als ihn morgens gegen 3¼ Uhr drei Männer zu einer Fahrt nach dem Untergrundbahnhof Dahlem-Dorf annehmen. Als der Chauffeur hinter den Fahrpreis von 2,20 M. verlangte, schlug einer der Männer ihm in das Gesicht und ließ davon. Jetzt führten sich die beiden anderen Fahrgäste auf Sommer, mißhandelten ihn schwer und traten ihm wiederholt mit den Stiefeln in das Gesicht und auf den Kopf. An den Folgen dieser fürchterlichen Behandlung ist der Chauffeur dann am 10. Juni verstorben. Der ärztliche Befund hatte einen schweren Schädelbruch und Verletzung des Gehirns ergeben. Nach den kurzen Angaben, die der Verstorbene seiner Frau bei seiner Heimkehr von der Unglücksfahrt machen konnte, war der eine der Männer, der ihn zuerst anfiel, auffallend groß und stark und trug eine dunkle Livree und einen blauen Sweater. Der zweite

war mit einem Sportanzug in Pfeffer- und Salzfarbe bekleidet. Zur Aufklärung dieses unerhörten Rohheitsaktes wäre es dringend erwünscht, wenn sich alle Personen, die an dem 6. Juni frühmorgens einen der ersten Untergrundbahnzüge von Dahlem-Dorf aus benutzten und Augenzeugen des Ueberfalls wurden, bei der Inspektion A. 5. dem Raubdezernat der Kriminalpolizei, im Polizeipräsidium meldeten.

Mißbrauchtes Vertrauen.

Ein Schuhmann als Sittlichkeitsverbrecher.

Eine empfindliche Strafe diktirte das Schöffengericht Mitte dem früheren Polizeiwachmeister Peika zu, der sich eines schändlichen Mißbrauchs des ihm als Beamten entgegengebrachten Vertrauens schuldig gemacht hatte. Seine Laten streifen fast an die des früheren Schupowachmeisters Gerth.

Mit einer seltenen Dreistigkeit hatte der Angeklagte in voller Uniform alleinstehende Frauen überfallen und vergewaltigt. Eines Nachts hatte sich eine Beamtin des Postfachamts im Dienst verspätet und ihren letzten Zug nach dem Osten veräumt. Vertrauensvoll wendete sie sich an den Polizeibeamten auf der Straße, um Auskunft zu erlangen, wie sie noch am besten heim kommen. Der Angeklagte erklärte sich bereit, sie zur günstigsten Gelegenheit selbst zu bringen, und führte das junge Mädchen in den Tiergarten. In einer dunklen Stelle warf er sie auf die Bank und vergewaltigte sie trotz ihres Hilfschreies. Er drohte ihr, er werde sie erschlehen, wenn sie nicht ruhig sei. Hinterher äußerte er noch, sie



Man sollte endlich einmal mit den Uebertragungen aus dem Hause der Funkindustrie aufhören, erstens leidet die Uebertragung, der Ton ist mit Geräuschen stark untermischt, alles kommt nach heraus, dann aber wird das Programm mit Rücksicht auf das kaffeetrinkende Publikum zusammengestellt. Gegen Kaffeehausmusik ist an sich nichts einzuwenden, man soll sie nur nicht übertragen und als besondere Glanzpunkte ein paar berühmte Sänger hineinsetzen. Robert Hutt ist ein Tenor von großer Qualität und Kultur, seine Longebung in der Höhe hat aber in letzter Zeit nachgelassen, ein Mangel, der durch die atavistisch nicht einwandfreie Uebertragung noch betont wird. Und warum muß Hutt ausgerechnet das Liebeslied und die Gräberzählung singen, es gibt doch auch anderes, was nicht derart abgegriffen ist. Warum singt Grete Stückgold die Hellenarie der Elisabeth? Vielleicht kostet die Funkstunde zu stark den Applaus aus, der den Sängern gependet wird und glaubt dabei, alles sei schön und gut, sie müßte aber bedenken, daß diese Opernfragmente sich in einem Konzert immer merkwürdig ausnehmen und unkünstlerisch wirken. Von den Vorträgen stand an erster Stelle „Reise und Kunstverlehn“ von Dr. Paul Zuber, eine geistreiche Anleitung zum vernünftigen Reisen und eine Abwehr übersteigerten Kunstenhufiasmus. Das beste war aber der vollkommen geglückte Versuch, das Deutsche Derby in Hamburg zu übertragen. Schon rein atavistisch war die Uebertragung ausgezeichnet. Ein mäßiger Conferencier schilderte den Verlauf des Rennens, zuerst breit ausmalend, dann im Tempo immer schneller, gedrähter, fliegender. Am Schluß suggestiv aufpeitschend. Man wurde Zeuge des Endkampfes, wurde mit einbezogen in die Aufregung der Zuschauer.

Der Montagabend begann mit Rezitationen, die des Autors wie seines Ritters wegen gleich beachtenswert waren: Hans Reimann sprach einiges von der feinen, weltanschaulichen Kunst Alfred Volgars, die es ohne Pathos der Worte und Sätze versteht, Lebensweisheit zu lehren. Daran schloß sich der letzte Kammermusikabend „Von Hand bis Schönberg“, der besonders in dem Es-Dur-Streichquartett op. 109 von Reger, von Havemann-Quarlett ausgeführt, charakteristische, wenn auch in ihrer fähnen Melodie nicht leicht verständliche Musik brachte. Schönberg kam leider nicht zu Gehör; soll er an einem späteren Abend noch nachfolgen? — Das anschließende Orchesterkonzert, das auf den englischen Sender übertragen werden sollte, verhielt sich mit der Ouvertüre zum „Carneval romain“ von Berlioz und Tschaiwitsch „Ruhmader-Suite“ recht annehmbare Darbietungen. — Heber die Nachmittags-Orchesterkonzerte wird nichts mehr zu sagen sein, bevor sich die Programme nicht ändern. Von Vorträgen sei nur Hochdoris Vorträge aus eigenen Werken erwähnt. Das im Rahmen der Hans-Bredow-Schule Gebotene ist fast immer hörensenswert; das gilt auch für den Zyklus „Einführung in die Astronomie“, den Dr. Adolf Marcuse hielt, wie für die Vortragsreihe „Neuzeitliche Malerei und Plastik in der Rationalgalerie zu Berlin“, die diesmal Dr. Alfred Rubin Vorträge über die Expressionisten brachte. Doch wäre zu wünschen, das künftig die Namen der Künstler deutscher ausgesprochen würden.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 29. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. 2.45 Uhr nachm.: Stunde mit Büchern. Ostmarkromane: Margarete Boie: „Der Sylter Hahn“. Ingrid Spangenberg: „Joch und Jugend“. Wilhelm Kotzke: „Die Burg im Osten“. 5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Perdy Kaufman. 6-8.30 Uhr abends: Tonmusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theaterdienst. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Versicherungslehre. Professor Dr. Alfred Manea: „Streifzüge in die Versicherungswissenschaft (Privat- und Sozialversicherung)“. 7.35 Uhr abends: Dr. Paul Kahner: „Volkswirtschaftliche Beobachtungen auf Reisen“. 8 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Heimatkunde. Dr. Georg Wegener: „Eine Wanderung durch deutsche Gauen“ (Aus Deutschlands Herzländern). 8.30 Uhr abends: Gregorianische Gesänge. 1. Sequentia: Lauda Sion. 2. Sequentia: Victimae Paschalis. 3. Sequentia: Dies irae, dies illa. 4. Libera me Domine (Ritus Absolutionis p. M. d. D.). 5. Antiphonae: Alma Redemptoris (Louis van de Sanda. Bad; Hen Geysel. Orgel). 9 Uhr abends: Allerlei. 1. W. Schütz: Als ich dich kaum gesehen (Sturm). 2. Walter Schütz: Die Nachtigall (Sturm). 3. A. Jensen: „Lehn' deine Wang' an meine Wang' (Heino). 4. Adolf Jensen: Marie (R. Gottschill) (Franz Baumann. Tenor). 2. Auber: Aus der Oper „Fra Diavolo“: a) „Er blickt auf Felsenhöhen“, b) Welches Glück, ich atme freier (Elsa Tuschkan. Sopran). 3. Improvisationen und eigene Gesänge zur Laute (Kurt W. Kießlich). 4. Konzert für Posaune, Solo (Kai Michelsen). 5. Improvisationen und eigene Gesänge zur Laute (Kurt W. Kießlich). 6. a) Maillart: Arie aus der Oper „Das Glöckchen des Eremiten“. b) Donizetti: „Weiß nicht die Welt“, aus der Oper „Die Regimentstochter“. c) Auber: Lachlied (Elsa Tuschkan). 7. a) R. Schumann: Soantags am Rhein (Reinick). b) R. Schumann: Frühlingsfahrt (Eichen-dorff). c) Fr. Schubert: Wegweiser (Wilh. Müller). d) Fr. Schubert: Am Meer (Heino). e) Fr. Schubert: Der Musensohn (Goethe) (Franz Baumann). Am Flügel: Ben Geysel. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 29. Juni.

3-3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Fr. v. Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Heering: Die Volkswirtschaft und ihre Beziehungen zu Staat und Gesellschaft. 4-4.30 Uhr nachm.: Studienrat Heering: Der Bedarf als Summe der Bedürfnisse. 4.30-5 Uhr nachm.: Elsa v. Lissa: Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe bei der Durchführung der gesellschaftlichen Maßnahmen. 5-5.30 Uhr abends: Anni Macke: Das Märchen als Mittler zwischen Maler und Kind. 8.15-10.15 Uhr abends: Uebertragung aus Frankfurt.

könne froh sein, daß sie so davonkommen wäre, eine Drohung, die sehr stark an die Laten Gerths hindeutete. Noch dreister ging der Angeklagte zwei Tage später vor. Er hielt auf der Straße eine junge Krankenpflegerin aus der Charité an und fragte sie, was sie noch um 3 Uhr nachts auf der Straße zu suchen habe. Er müsse sie zur Tiergartenwoche mitnehmen. Alles Strauben, auch das Vorzeigen des Ausweises, half nichts. Im Tiergarten erlief die Krankenpflegerin daselbe Schicksal. Diese junge Dame habe aber bemerkt, daß der Büßling an der einen Hand nur einen halben Daumen hatte, und das führte zur Ermittlung des Täters. Nachdem Peika in Haft genommen worden war, verfiel er in Haftpsychose und wurde auf drei Jahre einer Irrenanstalt überwiesen, jetzt jedoch für seine Laten für verantwortlich erklärt. Der Verteidiger hob hervor, daß der Angeklagte nach den Gutachten immerhin ein minderwertiger hysterischer Mann sei, der von einer krankhaften Veranlagung verfolgt werde. Das Gericht bewilligte demgemäß zwar auch mildere Umstände, war aber der Meinung, daß den Angeklagten, wenn er auch vor dem Zuchthaus bewahrt bleibe, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des guten Rufes der Schutzpolizei eine empfindliche Strafe treffen müsse. Das Urteil lautete auf 3½ Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Das Hochwasserunglück.

Bauernöhne arbeiten nicht an den Dämmen, aber sie „üben“ mit dem „Stahlhelm“.

Wie wir hören, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, der Reichsregierung vorzuschlagen, daß die gesamten Wiederinstandsetzungsarbeiten an den durch das Hochwasser zerstörten Dämmen und alle sonstigen damit zusammenhängenden Erdarbeiten einheitlich vom Reich aus geregelt werden sollen. Die dafür nötigen Mittel sollen zur Hälfte durch das Reich, zur anderen Hälfte von den Ländern und Kommunen aufgebracht werden; die Ausführung soll zum größten Teil mit Hilfe von Arbeitslosen und unter Inanspruchnahme der Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge erfolgen.

Das Hochwasser der Oder.

Der Deich nahe der Scheiteldammbücke mußte Sonntag früh dem Wasser preisgegeben werden. Die Arbeiten sind eingestellt worden. Im Laufe der letzten Stunden des Sonntages ergab sich am Damm rechts der Oderbrücke ebenfalls eine unbillige Stelle. Es wird noch versucht, hier einen weiteren Dammbruch zu verhindern. Von Frankfurt a. d. O. wird ein weiteres Fallen gemeldet. Pegelstand am Sonnabend 4,68, Sonntag früh 4,42, und Sonntag mittag 4,37. Von Raibor wird eine neue Welle gemeldet, die in 9 bis 10 Tagen Frankfurt passieren und entsprechende Zeit später die Oder bei Schwedt durchlaufen dürfte. Es wird angenommen, daß bis zu diesem Zeitpunkt soviel Wasser abgelaufen sein wird, daß diese Welle in nicht bedenklichem Maße bemerkbar sein wird. Der Pegelstand von Niederlaathen war gestern 3,61 und heute 3,53, war also um 8 Zentimeter gefallen.

Bei Wittenberge.

Durch den Bruch des Sommerdeichs bei Dannenberg, der an drei Stellen zu gleicher Zeit erfolgte, ist ein Gebiet von nahezu 20 000 Morgen überschwemmt worden. Mehrere Dörfer sind von der Flut vollständig eingeschlossen. In die Dörfer selbst ist das



Zur Hochwasserkatastrophe an der Elbe.

Wasser bisher nicht eingedrungen, weil sie auf Werten höher gelegenen Stellen liegen. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen sind ziemlich große Verluste an Vieh zu verzeichnen. Große Gefahr besteht auch für die Westpreignitz am sogenannten Proggerdeich. Hier wird Tag und Nacht gearbeitet. Heute nacht wurde eine Gefährdung des Damms bei Werten, 15 Kilometer unterhalb Wittenberge, gemeldet. Ein Dammbruch konnte hier durch Verstärkung des Damms mit 10 000 Sandfäden verhindert werden.

Es wäre für die Zukunft vielleicht zu erwägen, ob die Besitzer oder Pächter der in den gefährlichen Gebieten liegenden Wiesenflächen sich nicht gegen Hochwasserverluste durch ein besonderes Versicherungssystem sichern sollten, das der Staat ins Leben rufen könnte. Damit wäre nicht nur den Bauern gebüht, sondern es wäre auch für den Staat von Vorteil, der jetzt Hunderttausende an Unterstufungen und Steuernachlässen gewöhnen muß. Im übrigen wäre es auch an der Zeit, daß man die Arbeitslosen in den Großstädten dazu heranzieht, neue Dämme zu bauen oder alte zu befestigen. Das wäre eine wahrhaft produktive Erwerbslosenfürsorge, die für Zehntausende von Menschen von Nutzen wäre. Bisher scheint auf diesem Gebiet fast gar nichts geschehen zu sein, und es ist sehr charakteristisch, daß in der Nähe der gefährdeten Oberstrecken flussaufwärts von Schwedt die Bauernöhne nicht etwa mit Dammarbeiten beschäftigt sind, sondern den Sonntag in Angermünde bei einem Zusammenreffen des „Stahlhelms“ verbrachten. Die angebotene Hilfe des Reichsbanners (siehe Magdeburg!) lehnt man ab, der „Stahlhelm“ macht patriotischen Klönbim, die Reichswehr verurteilt ihre Soldaten dazu. Im übrigen verläßt man sich auf die finanzielle Hilfsaktion des Staates und sorgt durch übertriebene tendenziöse Berichte dafür, daß diese Hilfsaktion möglichst auch solchen Landwirten zugute kommt, die mit Hochwasserschäden nichts zu tun haben.

HAG

Erst in Ihrem Kaffee Hag habe ich einen coffeinfreien Kaffee kennen gelernt, der mir zusagte, denn Kaffee Hag hat, wie Sie richtig sagen, das feine Kaffeearoma behalten. Für die Kaffeetrinker die Einführung Ihres Kaffee Hag daher einen besonderen Fortschritt. Ich bin aber überzeugt, daß auch viele, denen der Genuß von coffeinhaltigem Kaffee an sich nicht schadet, des trefflichen Aroma wegen Kaffee Hag wählen werden.

Dr. W. S. R. Rochester

Das internationale Petroleumkapital.

Neue Verbindungen der deutschen Delindustrie mit ausländischen Gruppen.

In den letzten Wochen kamen von verschiedenen Seiten her neue und nachhaltige Verbindungen zwischen der deutschen Delindustrie und den internationalen Mächten der Petroleumindustrie zustande: der Rockefeller-Truſt, die Standard Oil Co. und die Koninkliffe-Shell-Gruppe über die Gasolin A.G. zur IG Farbenindustrie A.G., und die Anglo-Persian Oil Co. verband sich mit der Gruppe Deutsche Petroleum A.G. durch eine Beteiligung an deren Betriebsgesellschaft der Oleg. Wenn auch bisher schon Verbindungen der verschiedensten Art mit den großen Petroleumtrüsten des Auslandes bestanden, so bedeuten die Transaktionen doch etwas grundsätzlicher Neues. Die Verflechtung der deutschen Erdölindustrie mit dem Ausland, die im Wandel der Zeiten die verschiedensten Formen angenommen hat, ist damit in ein entscheidendes Stadium von dauernder Wirkung getreten.

Von Stinnes zum Farbentrust.

Hugo Stinnes hatte auf der Höhe seines Ruhmes die Bedeutung der Delindustrie für die deutsche wirtschaftliche Entwicklung folgerichtig erkannt. Zu den vielen Eroberungen, die er im Fieberwahn der Inflation vornahm, gehörte auch die Einnahme bei verschiedenen Delproduktions- und Handelsgesellschaften und vor allem bei der Riebeck-Montan-Gesellschaft. Hier konzentrierte er auch das Delgeschäft. Die Aktien-gesellschaft für Petroleumindustrie, die Dea-Werke A.G. für Mineralölindustrie u. a. wurden mit Riebeck zum Block der Stinnes-Riebeck-Montan- und Delwerke verschmolzen. Die mit den fusionierten Gesellschaften hereingekommenen Verträge mit dem Ausland und die Verbindungen mit südamerikanischen und anderen Petroleuminteressenten von Liebersee sollten den Grundstock abgeben für einen national und international auf verarbeiteten Delkonzern. Mit der großen Stinnespleite geriet auch dieser Traum in ein Nichts. Der hier vereinigten Braunkohlen- und Delkonzern ging an den Farbstofftrust, die IG Farbenindustrie, über. Der Name der Braunkohlenwerke wurde wiederum auf die Riebeck'sche Montanwerke Aktiengesellschaft zurückgeführt und die Delabteilung in Gasolin A.G. umgetauft.

IG Farbenindustrie. — Standard Oil. — Koninkliffe-Shell.

Gleich nach der Umgruppierung begann der Farbentrust in der Gasolin A.G. seine gesamten Interessen auf dem Gebiete der Verflüssigung von Kohle zu konzentrieren. Mit dem Coag-Konzern, der die Patente des Bergverfahrens besitzt, bestanden schon vorher Verbindungen. Durch die Gasolin A.G. wurden sie noch enger geknüpft. Der Farbentrust erwarb Anteile von der zur Erdöl- und Kohle-Verwertungs-A.G. (Coag) gehörigen Gesellschaften. Dadurch sicherte er sich die von Dr. Bergius gemachten Erfindungen. Die Coag stand der Koninkliffe-Shell-Gruppe nahe und hatte in England weitwolle Interessengemeinschaften u. a. mit der Distillers Co. Ltd. Edinburgh und der International Sugar and Alcohol Co. Ltd. abgeschlossen. Nunmehr kamen noch andere Umachungen zustande. Die Delwerke Siern-Sonneborn A.G. in Hamburg, die von der Shell-Gruppe beherrscht wird, übernahm in Verbindung mit der Mineralölwerke Rhénania A.G. von derselben Gruppe 25 Proz. der Aktien der Gasolin A.G. Auf der anderen Seite übernahm die Deutsch-Amerikanische Petroleum-A.G. in Hamburg ein gleich großes Aktienpaket der Gasolin. Sie ist bekanntlich eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Co. So wird die Gasolin zur Hälfte von der IG Farbenindustrie und den beiden Großkonzernen Standard Oil und Koninkliffe-Shell beherrscht.

Die Bedeutung der Interessengemeinschaft.

Damit vollzog sich eine Gruppierung von überragender Bedeutung. Die Standard Oil, die von dem Petroleumkönig Rockefeller gegründet wurde und jetzt noch beherrscht wird, ist eines der größten Unternehmen der Welt. Die Standard Oil-Gruppe soll einen Börsenwert von 3½ Milliarden Dollar (15,75 Milliarden Mark) repräsentieren. Die Koninkliffe-Nederländische Waaschappij Exploitatie van Petroleumbronnen in Niederländisch-Indien, die im Jahre 1907 mit der englischen Shell-Transport u. Trading Company Limited betriebsmäßig vereinigt wurde, ist die zweitgrößte Delgesellschaft der Welt und verfügt über riesige Besitztümer in allen Ländern der Erde. Es ist bezeichnend, daß diese beiden Riesen sich für die Erzeugung der künstlichen Del- und Betriebsstoffe, wie sie von dem Farbentrust in seinen Betrieben und mit Hilfe der großen Kohlenbestimmter auf großzügigster Basis erzeugt werden sollen, so lebhaft interessieren. Vielleicht spricht hier die stille Sorge mit, daß der der Erde entströmende Reichtum einmal nachlassen könnte und man sich auf die künstliche Erzeugung von Schmier- und Betriebsstoffen werfen muß. Bisher verlorgen sie über die Gasolin A.G. den deutschen Markt. Der Aktienbesitz an der Gasolin soll gepockt und in eine Dachgesellschaft mit internationalem Charakter übergeführt werden. Ein neuer internationaler Knotenpunkt, der nicht auf Del- und ähnliche Produkte sich allein beschränken wird, scheint hier zur Wirklichkeit zu werden.

Anglo-Persian Oil — Deutsche Petroleum A.G.

Bekanntlich kam vor einiger Zeit zwischen den beiden Großkonzernen Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft eine Einigung über die von ihnen beherrschten Delgesellschaften zustande. Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft (Dea) gehört zur Gruppe Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Petroleum A.G. (DPA), die mit Rüttger vorher eng liiert wurde, zählt zur Gruppe Deutsche Bank. Die Delinteressen der drei Gesellschaften (Dea, DPA und Rüttger) wurden in der DPA vereinigt. Von dem 35 Millionen Mark betragenden Aktienkapital der DPA erhielt die Dea 18 Millionen Mark und die Rüttgerwerke 13 Millionen Mark. Die Dea wandte sich nunmehr hauptsächlich ihren Stein- und Braunkohleninteressen und die Rüttgerwerke ihren Spezialprodukten (Teerzeugnisse usw.) zu. Bezüglich der DPA wurden sie zu reinen Holdinggesellschaften. Es war dies eine Konzentration, die auf Rationalisierung und Arbeitsstellung zugeschnitten, durchaus Erfolg verspricht.

Die Verträge der beiden deutschen Delkonzerne (der Dea und DPA), den früheren internationalen Aktionsradius wiederzugewinnen, sind von mir bereits an dieser Stelle früher einmal geschildert worden. Beide hatten in Rumänien, Galizien und anderen Ländern Tochtergesellschaften, die durch den Krieg verloren gingen. Zu den Verträgen zu neuen internationalen Verbindungen gehörte die Gründung der Internationalen Petroleum-Union in Zürich seitens der Dea, eine Zusammenfassung französischer, belgischer, schweizerischer und überseeischer Delinteressen, die sich aber nicht bewährte. Nach längeren Verhandlungen kam es nun mit der Anglo-Persian Oil Company Limited zu einer Vereinbarung dergestalt, daß diese 40 Proz. der Anteile der Oleg G. m. b. H. übernimmt. Letztere wurde von der Dea bei der Fusion übernommen und als gemeinsame Verkaufs- und Betriebsgesellschaft ausgebaut. Neben einer geregelten Belieferung von Produkten aller Art durch die Anglo-Persian bekam die DPA noch eine geldliche Zuwendung, die in der Rüttger-Generalsammlung vom Vorstehenden mit 10 bis 20 Millionen Mark beziffert wurde. Außerdem finanziert die Anglo-Persian noch ihren Vorkriegsanteil selbst durch Vorkäufe. Die Oleg hat Tochtergesellschaften in Köln, Wien und Zürich und eine weitverbreitete Abfahrorganisation.

Wiederanknüpfung der rumänischen Beziehungen.

Durch die Interessengemeinschaft mit der Anglo-Persian bekommt die deutsche Petroleumindustrie wieder Fühlung mit ihrer alten rumänischen Tochtergesellschaft, der Steaua Romana. Diese war von der Deutschen Bank in großzügiger Weise aufgebaut worden und mit einem Reg. von Tochtergesellschaften umgeben. Die Aktien der Steaua Romana mußten nach Kriegsschluß abgeliefert werden und wurden zwischen englischen, französischen und rumänischen Interessengruppen aufgeteilt. Den englischen Anteil übernimmt die Anglo-Persian, die ihren Besitz an Aktien später noch vermehrte, so daß sie einen beherrschenden Einfluß besitzt. Nunmehr kommen die alten Gruppen auf diesem Umwege wieder mit ihrer Tochter zusammen. Die Anglo-Persian erhält überdies nunmehr eine Abfahrorganisation in Deutschland, die sie vorher nicht besaß. Da die Oleg auch in anderen Ländern Abfahrorganisationen hat, steht die Anglo-Persian auch in diesen Ländern Fuß. So kommt eins zum andern, die Fäden gehen herüber und hinüber.

Die Anglo-Persian ist der drittgrößte Petroleumtrust der Welt. Sie hat eine Konzession auf 60 Jahre (bis 1961) in Persien die den größten Teil der dortigen Felder umfaßt. Die mit ihr eng verbundene Burmah Oil Company Ltd. in Glasgow hat die Ausbeutungsrechte auf Erdöl in Indien. Die englische Regierung hat auf beide Gesellschaften starken Einfluß.

So sind auf dem Gebiete der Delprodukte in den letzten Wochen Verbindungen zustande gekommen, die den deutschen Innenmarkt mit dem Weltmarkt in enge Beziehungen bringen. Darüber hinaus verbunden sich die größten Unternehmungen hierzulande mit den größten der Welt zu gemeinsamer Ausbeutung des inländischen Marktes und zu gemeinsamen Arbeiten auf technischen und organisatorischen Gebieten. Die Verflechtung des deutschen Kapitals mit dem ausländischen wurde um ein wichtiges Glied vermehrt.

Paul Ufermann.

Ein deutscher Maschinentrust.

Fortschritte der horizontalen Konzentration.

Die starke Rationalisierungs- und Konzentrationsbewegung in der deutschen Maschinenindustrie, die als Produktionsmittelindustrie naturgemäß den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Krisenherdes darstellt, verzeichnet einen neuen Höhepunkt. Bisher beschränkten sich die Bemühungen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, der die Bewegung systematisch und auch erfolgreich beeinflusst, auf die Schaffung von Produktions- und Verkaufsgemeinschaften. Die finanziell selbständig bleibenden Werke wurden zu loseren oder engeren Interessengemeinschaften zusammengeführt, die so weitgehend als möglich in der Auftragswerbung die Konkurrenz ausschalten, gemeinsame Angebote machen, ihre Produkte in den Interessengemeinschaftswerten spezialisieren, Patente gemeinsam verwerten, die Produkte, und besonders die Ersatzteile typen und normen, und durch technische Ausschüsse regelmäßig ihre Erfindungen austauschen. Nebenher, aber nicht weniger wichtig, wurde der gesamten Industrie für den Rohstoffbezug durch die Arbeitsgemeinschaft der verarbeitenden Industrie (Awi) der Vorteil der Eisen- und Stahlversorgung zu Weltmarktpreisen gesichert, was bekanntlich in dem Rückvergütungsvertrag zwischen den Eisen- und Stahlverbänden und der Awi geschehen ist. Offenbar durch die Initiative des Vorstehenden des DVM, Generaldirektor Reuter von der Deutschen Maschinenfabrik A.G., Berlin-Duisburg (Demag), wurde nun zwischen dem Montantrust und der Demag eine Vereinbarung getroffen, die für die zukünftige Entwicklung der Stahlwerke A.G. sowohl als der Maschinenindustrie von außerordentlicher Bedeutung sein wird.

Nach dieser Vereinbarung gibt der Montantrust die Maschinenproduktion in seinen Werken ganz auf und überträgt die gesamten Maschinenbauinteressen auf die Deutsche Maschinenfabrik A.G., Berlin-Duisburg. Die gesamten Werksanlagen der Maschinenfabrik Thyssen gehen auf die Deutsche Maschinenfabrik über und werden mit deren eigenen Werken (Bertha-Duisburg und Weiter) zu einem Betrieb und einer neuen Firma vereinigt („Demag A.G.“). Die alte Demag bleibt bestehen, wird aber zur Holdinggesellschaft, die für die von ihr eingebrachten Werke 80 Proz. des Aktienkapitals der neuen Demag erhält und diese Aktien mit ihren übrigen Beteiligungen (letzte Bilanz 960 Millionen) zusammenlassen wird. Das Aktienkapital der neuen Demag steht noch nicht fest, wird aber nach den vorliegenden Rechnungen 25 Millionen nicht übersteigen. Die grundsätzliche Bedeutung der Herauslösung der Maschineninteressen aus dem Montantrust kommt darin zum Ausdruck, daß der Montantrust für die Thyssenfabriken keine mitbestimmenden Aktien, sondern neben Barbeträgen nur Dividenden-

berechtigende Genussscheine erhält. Damit erfolgt, wenigstens für das Verhältnis des Montantrusts zur verarbeitenden Industrie, eine klare Trennung zwischen der eisen- und stahlerzeugenden und der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie. Für den Prozeß der horizontalen Spezialisierung und Konzentration ein bedeutendes Ereignis.

Die neue Demag selbst wird durch die Größe und die ausschlaggebende Stellung der in ihr vereinigten Werke zum Trust. In ihren Betrieben werden Anlagen im Mindestwert von 50 Millionen investiert sein. Räumt man die Beteiligungen der Holding-Demag hinzu (Schieß-Defries A.G., Düsseldorf, Eisenwerk A.G., Hamburg, Carlshütte A.G., Waldenburg-Altwasser, Gewerkschaft Drange, Gelsenkirchen, Carl Flohr A.G., Berlin, Aufbereitung A.G., Essen, Maschinenfabrik Jaeger G. m. b. H., Duisburg, Ragnifer Maschinenbau G. m. b. H., Maschinenbau A.G. Tügel, Duisburg-Weiderich), so ergibt sich für den Interessentkreis der Demag auf dem Gebiet des Kranbaus und schwerer Werkmaschinen eine beherrschende Stellung.

Die Vorgänge sind von symptomatischer Bedeutung für die Montanindustrie und die Maschinenindustrie. Für die Montanindustrie bedeuten sie eine noch schärfere Abfage an die verti-



ke Konzentration, als sie bisher in der Auflösung der Vertikal-konzern schon zum Ausdruck kam. Man darf gespannt sein, ob die ständigen Verhandlungen zwischen dem Montantrust einerseits, Kloeber, Krupp, Linke-Hofmann-Buschhammer und Haniel andererseits, die zunächst auf die Verteilung der Stumm-Erwerbungen des Montantrusts abzielen, nicht auch Folgen für die Angliederung von Maschineninteressen haben wird. Für die Maschinenindustrie bedeuten die Vorgänge eine überraschend starke Betonung des Trustgebantens, für den Interessengemeinschaften zwar immer als Vorläufer angesehen werden können, den man aber wegen der Vielfältigkeit der Produkte bisher für die Maschinenindustrie für wenig anwendbar hielt. Gerade das starke Streben nach Typisierung und Normung der Maschinen und ihrer Ersatzteile dürfte aber je länger desto stärker auch hier den Trust zum Siege führen (vergleiche den „Riag“-Trust), wenn auch die Trustbildung sich in den verschiedenen Abfahr- und Versorgungsrichtungen spezialisieren wird.

Reichsbank und Wirtschaft.

Die Reichsbank ist die einzige Stelle in Deutschland, bei der gewisse gesamtwirtschaftliche Vorgänge sofort öffentlich erkennbar und einigermaßen beurteilbar werden; das geschieht durch ihre wöchentlichen Ausweise. Der diesmalige Ausweis zum 23. Juni ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Einmal bestätigt sich unsere Vermutung von der vorigen Woche, daß die Diskontermächtigung vom 7. Juni auf das Wechselgeschäft der Reichsbank keine steigende Wirkung ausüben wird. Im Gegenteil hat sich die rückgängige Bewegung der Vormode noch fortgesetzt. Die Wechselbestände sind erneut zurückgegangen, und zwar um 34,2 auf 1224 Millionen. Die Lombard- und Effektenbestände blieben, ebenso wie der geringe Bestand an weitergegebenen Wechseln, fast unverändert. Sodann hat der Bestand der kurzfristigen, deckungsfähigen Devisen wiederum eine starke Verminderung erfahren; um 55,6 auf 149,8 Millionen Mark. Das ist seit dem 31. Mai eine Verminderung auf fast ein Drittel (31. Mai 387,5 Millionen, 7. Juni 355,9 Millionen, 15. Juni 205,4 Millionen, 23. Juni 149,8 Millionen). Ob sich daraus schon etwas für eine erneute Verschärfung der Handelsbilanz im Juni entnehmen läßt, steht dahin. Jedenfalls dürften die für sich gemeldeten Kapitalübertragungen deutscher Banken zur Zeichnung ausländischer Anleihen und die Rückzahlung kurzfristiger Auslandskredite damit in Zusammenhang stehen. Die großen Devisenanforderungen bei der Reichsbank sind außerdem für die gegenwärtige Fieberspannung in der Wirtschaft charakteristisch. Da die Giroeinlagen der Reichsbank mit 764 Millionen gegen die Vormode fast unverändert sind (+1,0 Mill.), erklärt sich der neuerliche Rückgang des Rotenums auf der Reichsbank um 114,7 auf 2498,1 Millionen und des Umlaufs der Rentenbankscheine um 27,3 Millionen auf 1237,0 Millionen fast ganz aus dem rückgängigen Wechselgeschäft und den Devisenanforderungen. Gold und deckungsfähige Devisen zusammen betragen 1642,0 Millionen Mark gegen 79,5 Millionen am 31. Mai und 1788,4 Millionen am 22. Mai. Trotz der rückgängigen Deckungsbedeuten ist das Deckungsverhältnis der Noten aber, da der Notenumlauf entsprechend sank, nur geringfügig verkleinert, von 67,2 Proz. in den beiden Maiwochen auf 65,7 Proz.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Man weiß es, daß die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat den kapitalistisch eingestellten Verwaltungen sehr un bequem sind, besonders dann, wenn sie energisch ihre Rechte als Arbeitnehmervertreter wahrnehmen. Man kann es verstehen, daß es der Verwaltung der V. G. Dittmann Aktiengesellschaft mehr als peinlich war, als das Betriebsratsmitglied des Aufsichtsrats Johann Tommet, ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in der Generalversammlung öffentlich erklärte, er hätte weder der Bilanz noch dem Geschäftsbericht in der Aufsichtsratsitzung zugestimmt, weil sich die Verwaltung geweigert hätte, die Unterlagen vorzulegen, aus denen er sich ein Bild über Geschäftsbericht und Bilanz hätte machen können. Wie wir erfahren, waren die

Landeshuter Leinen- und Gebildweber

Grünfeld

Mittwoch, 30. Juni
wegen Lageraufnahme

Donnerstag, 1. Juli
beginnt der

bis 11 Uhr geschlossen

Saison-Ausverkauf

Berlin W. 8 • Leipziger Straße 20-22

Der Verderber Paraguays.

Von Max Zeumer.

Solano Lopez — man muß weit zurückgreifen in der Geschichte der Völker, um einen Herrscher von der gleichen Qualität wie diesen ehemaligen Präsidenten der Republik Paraguays zu finden. In fünf Jahren die Bevölkerung eines Staates auf ein Viertel zu reduzieren, jede Spur von Wohlstand zu vernichten und das Land mit dem Schweigen des Todes zu erfüllen, solcher Leistungen können sich in der Weltgeschichte nur wenige rühmen. Unzertrennbar von Lopez ist der Name jener Frau, die der Genius seiner blutigen Taten war.

Eliza Lynch, eine Engländerin, die Lopez in Paris kennen lernte, wurde die Gefährtin seines Lebens und damit die Leiterin seines Schicksals. Als ein Stern der Pariser Lebewelt lernte sie im Jahre 1853 auf einem Ball der Großen Oper den jungen Lopez kennen, der als Kriegsminister der Republik Paraguays dort weilte. Sie folgte ihrem neuen Geliebten in seine Heimat.

Nach dem Tode seines Vaters, des Diktators Francisca Lopez, mit der höchsten Macht bekleidet, unternahm es Lopez, geleitet von den Ratschlägen seiner Geliebten, den in Paris entstandenen Plan zur Errichtung eines südamerikanischen Kaiserreiches zu verwirklichen. Ganz Südamerika sollte unter seinem Szepter vereinigt werden. Ein gut ausgerüstetes Heer von 50 000 Mann und eine Flotte von zehn Kriegsschiffen waren die Werkzeuge dieses gewaltigen Unternehmens. Der Einmarsch brasilianischer Truppen in das von Parteikämpfen durchtobte Uruguay war der Vorwand zum Kriege. Die Liebergriffe, die Lopez sich gegen Argentinien, Brasilien und Uruguay gestattete, zwangen die Staaten zur Aufnahme des hingeworfenen Fehdehandschuhs.

Die ersten Schlüsse des Krieges fielen zugunsten Paraguays aus. Die in Brasilien einmarschierende Abteilung wurde zur Kapitulation gezwungen, und das in Corrientes einfallende Heer zum Rückzug genötigt. Diese Mißerfolge zwangen den Marschall-Präsidenten, sich auf die Verteidigung der bedrohten Grenzen seines Staates zu beschränken.

Die am Rio Pirana gelegene Festung Humaita, durch eine Reihe detachierter Forts geschützt, bildete die Basis seines Widerstandes. Erfolge und Niederlagen hielten sich nun die Waage, und nur unter großen Verlusten gelang es den Verbündeten, Terrain zu gewinnen. Die Tatsache, daß Lopez seinen Feinden an Umsicht und Entschlußkraft weit überlegen war, trat mehr und mehr zutage. Alle seine Dispositionen ließen den geborenen Heerführer erkennen, dem sicher der Sieg zugefallen wäre, wenn er in eigener Person seine Guaranis in den Kampf geführt hätte, anstatt weit hinter der Front das Bild eines zitternden Feiglings zu bieten.

Das Strafgericht, das Lopez über die Befehlsführer von den Brasilianern genommenen Forts Curuzu verhängte, war der Auftakt des blutigen Verhängnisses, das nun über Paraguays hereinbrach. Auf den Rat der Lynch ließ er den zehnten Mann erschießen, die Offiziere wurden, nachdem zwei von ihnen durch das Los zum gleichen Tode bestimmt waren, degradiert. Die grausame Natur des Präsidenten kam nun zum Durchbruch, und die Tortur des „Zu-Tode-peitschen“ wurde zum alltäglichen Schauspiel. Madame Lynch betätigte sich indessen in einer ihrem habgierigen Charakter entsprechenden Weise. Den paraguayischen Soldaten, die nach dem Siege am Poso de la Patria in den Besitz großer Summen baren Geldes gelangt waren, wuschelte sie die Gold- und Silbermünzen gegen Papiergeld ein. Dieses Lausgeschäfts wurde von nun an in Permanenz erklärt und brachte der Lynch große Summen ein.

Immer mehr trat bei diesem gleichartigen Boare die ausschlaggebende Charaktereigenschaft zutage. Bei Lopez, der seine Soldaten zu Tausenden in den Tod trieb, eine bestialische Grausamkeit, gepaart mit widerlicher Feigheit, bei seiner Wäretelle gemeine Habgier. Um die durch Kampf und Cholera gelichteten Reihen der Truppen aufzufüllen, wurde die gesamte männliche Bevölkerung von elf bis fünfundsiebzig Lebensjahren herangezogen. Als Mittel gegen Desertion befahl Lopez, daß Eltern, Frau und Geschwister des flüchtigen Soldaten mit dem Tode bestraft wurden. Ferner wurde jeder Soldat für seinen Nebenmann verantwortlich gemacht.

Beinahe zwei Jahre hatte der Kampf um die Stellungen am Rio Pirana gedauert, ehe es den Verbündeten gelang, trotz der beispiellosen Tapferkeit der Paraguayer diese zu nehmen. Humaita fiel, und Lopez tratete den tapferen Verteidigern seinen Dank ab, indem er die Fälligkeit ihrer Frauen und Verwandten befahl. Mit nerblühender Schnelligkeit nahm er am Rio Itecuary eine neue Verteidigungsstellung ein. Die Tigernatur des Präsidenten tobte sich nun in der Hinrichtung von Hunderten ihm als verdächtig bezeichneten Personen aus. Eine Reihe von hohen Militärs und Staatsbeamten wurde in schrecklicher Weise um das Leben gebracht. Zweimal täglich erfolgte die Hinrichtung von Verdächtigen. Selbst seine eigene Familie reichte der Wüterich in die Zahl seiner Opfer ein, Mutter und Schwäger, Brüder und Schwestern ließ Lopez in die Kloaken gleichenden Gefängnisse werfen. Die männlichen



Den kleinen Bürger packt ein Grauen.
Er bebzt, er kann nicht mehr verdauen:
Ein roter Putsch in Vorbereitung!
So steht's in seiner Frühstückzeitung.
Doch Hugenbergens roter Schreck

Erfüllt indessen seinen Zweck,
Indem der gute Mann nicht sieht,
Was da von hinten her geschieht.
Dorn läßt man Schauermärchen hageln,
Um ihn von hinten zu vernageln.

Mitglieder fieseln dem tödlichen Blei zum Opfer, während die weiblichen durch die Verbündeten gerettet wurden.

Die Qualen der Gefangenen spotteten jeder Beschreibung. Ohne Schutz gegen Sonne und Regen kampierten die Unglücklichen in Kot und Schmutz. Zwei treue Mitgefänger, ohne Nahrung zubereitet, bildeten für den Tag die einzige Nahrung. Das Gerichtsverfahren lag in den Händen dreier Militärstaatsanwälte. Die Anklage lautete fast immer auf Landesverrat, und die Anwendung der Tortur zwang die Angeklagten meistens in kürzester Zeit zu einem Geständnis. Der Grad der Folter richtete sich ganz nach der Vaume des untersuchenden Fiskus.

Am Gegenjah zu Lopez benahm sich die Lynch inmitten des feindlichen Feuers äußerst mutig. Unbestimmt um die sie umschwirrenden Geschosse sah sie wie angezogen auf ihrem Pferde und hatte für den Genossen ihrer Schandtaten nur ein verächtliches Lächeln übrig. Mit dem Zusammenschmelzen seiner Anhänger und Hilfsmittel wuchs die Blutgier des Tyrannen, der im Verlauf von vier Monaten 615 Personen hinrichtete. Trotz dieser grausamen Behandlung kehrten die aus der Gefangenschaft flüchtenden Paraguayer stets zu Lopez zurück. Die Sorge um das Wohl ihrer Lieben trieb die Guaranis in das Lager ihres Schlägters. Wehe dem Säumigen, dem es nicht gelang, innerhalb acht Tagen wieder zum Heer zu stoßen. Unweigerlich büßten seine Angehörigen mit ihrem Leben sein Vergehen.

Von den Verbündeten am 16. August 1869 geschlagen, verschwand Lopez aus dem Gesichtskreis seiner Feinde. Fliegende Kolonnen des Gegners durchstreiften das Land, ohne daß es gelang, des Flücht-

tigen habhaft zu werden. Ein Detachement brasilianischer Reiter vermochte ihn endlich zu stellen. Der Lanzenstoß eines Unteroffiziers setzte Lopez' Leben ein Ziel.

Die Lynch, die bei ihm weilte, geriet in Gefangenschaft und geriet, ohne daß ihr von den Siegern Schwierigkeiten gemacht wurden, einige Wochen später Südamerika für immer. Sie kehrte nach Frankreich zurück und starb dort im Alter von achtzig Jahren, unvergessen von dem Lande, das ihr Geliebter mit ihrer Unterföhung an den Rand des Verderbens gebracht hatte.

Aus der Entwicklungsgeschichte des Pferdes. Das amerikanische Museum für Naturgeschichte in New York hat jetzt in einer besonderen Abteilung alle Objekte zusammengestellt, die für die Entwicklungsgeschichte des Pferdes von Bedeutung sind. Aus den vorgeschichtlichen Spuren ergibt sich mit Sicherheit, daß die Gattung Pferd früher schon einmal über ganz Asien, Europa und Amerika verbreitet war, dann aber in Amerika und Europa durch bisher unbekannte Ursachen vertriebt wurde; bekanntlich kamen erst durch die Entdeckung Amerikas wieder Pferde nach dem neuen Kontinent, in dem sie sich rasch verbreiteten. Eine besondere Serie von versteinerten Fußabdrücken und Skeletteilen zeigt, wie das Pferd, das im Cojan noch vier ausgebildete Zehen an jedem Vorderfuß und drei an jedem Hinterfuß besaß, sich allmählich zu der uns heute bekannten Huftierart entwickelte. Allerdings war das vierzehige Pferd des Cojan nicht größer als eine ausgewachsene Hausstake.

Die Nadel.

Von A. B. Smilowsky.

Seit Menschengedenken hauste er, raderte er sich und seufzte er „Am Schiffe“. Für Erwachsene nähte er meistens nicht. Seine Kunden waren ein paar altmodische Bürger, meist Leute der Vorstadt, Menschen aus dem alten Säkulum, die den Gipfelpunkt der Kleidermacherkunst in einem bequemen und haltbaren Kleidungsstücke erblickten; dann Arbeiter, die sich mit Schweiß und Schweißeln ihr Brot verdienten, und endlich Kinder aus besseren Häusern bis zu zehn Jahren, mit einem Worte Leute, in deren Denken der starrerhafte und veränderliche Schmetzterling „Mode“ noch keinen Platz gefunden hatte. Wegen der Mode zerbrach er sich überhaupt nicht den Kopf; die fünf oder sechs Modebilder, die er auf der Wand zwischen den Fenstern angebracht hatte, trugen das jüngste Datum — der geneigte Leser wolle nicht erschrecken — 1850.

„Am Schiffe“, so nannte man das letzte, einstöckige, hausförmige Haus am Ende der Vorstadt, wo sich von altersher eine Naut, an einem zerbrochenen Horne und der ausgeblähten Tarifstafel erkennbar, befand und von wo aus die Straße bergauf gegen Repomul führte. Etwas schräg gegenüber dem „Schiffe“ konnte man die schmuckgebauten Scheuern des Reiterhofes einer Frau Aranka erblicken, und alle Winde, die im Kalender verzeichnet standen, vereinigten sich dort schon seit jeher zu einer Parlamentsdebatte mit Frau Relusina; eine besonders lebhaft Diskussions aber entspann sich mit seiner Firma, einem an einem Haken befestigten schwarzen Täfelchen, das aus diesem Grunde stets schief hing und bald nach rechts, bald nach links lag, je nachdem was für ein Geist das Parlament gerade beherrschte.

Auf dem erwähnten Täfelchen aber war mit gelber Siena auf schwarzem Felde zu lesen:

A. B. Smilowsky ist der Schöpfer der realistischen ischidischen Dorferzählung. Ein wunderbarer Psychologe und Meister in der Zeichnung menschlicher Typen aus Dorf und Stadt. Die nachstehende Novelle ist ein Kabinettstück, die ihren Platz neben den ersten Apollen der Weltliteratur einzunehmen verdient.

Paul Kubasek Verf.

KLEIDER BEID. GESCHLECHT.

Kubasek sah aus wie jeder aus der Mode gekommene und in das Meer der Vergessenheit versunkene Schneider, der sich auf seine alten Tage „Am Schiffe“ befand; er war dürr wie eine Spinne, lang wie eine Hopfenstange, bucklig wie ein Kammerdiener; seine Gesichtsfarbe war die eines nicht durchgelegenen Ziegenkäses, er pflegte zu schnupfen und war ängstlich auf sein adrettes Ausheres bedacht. Sobald er das „Schiff“ verließ, war er immer gebügelt und gestriegelt, daß es eine Freude war, ihn anzusehen: die hosen trug er stets mit Strupfen, den schwarzen Rock bis zum Halse hinauf geschlossen, die Tellermütze sah in solidester Weise am Kopfe, und seine Schuhe glänzten feierlich. Und was seinen Gang betrifft, so gab er darin selbst dem Herrn Bürgermeister nichts nach: er ging ernst und vorsichtig dahin, ängstlich wich er dem Rot und den Pfützen aus, nirgends lehnte er sich an jemanden an und ließ es auch nicht zu, daß sich jemand während des Gehens an ihn schmiegte. Und sein Inneres stand in schönster Harmonie zu seinem Ausheres: mit jedermann war er auf gutem Fuße — und wenn er mit irgend einer kleinen Schuld im Rückstande blieb — was doch zu den jetzigen schweren Zeiten wahrhaftig kein Wunder ist — und seinen Verpflichtungen nicht so nachkommen konnte wie er sollte, so benahm er sich seinen Gläubigern gegenüber stets so rechtschaffen, daß sie ihm gerne zuwarteten, da sie in ihm einen grundehrlichen, von seiner Tellermütze bis zu seinen Abjagen hinab anständigen Schuldner erkannt hatten.

Kubasek hatte im Leben mehr als genug gelitten. Er hatte Zeiten gesehen, da er am Ringplatz wohnte und von einem Weihnachten zum andern drei, ja vier Gefellen ernährte. Aber diese rosige Zeit verblühte; denn es war ein Schneider Wannaus direkt aus Wien hierher gezogen, und der schnitt die Kleider so zu, daß selbst Kubasek darüber der Schweiß auf der Stirne zu stehen pflegte; Wannaus beschämte ihn, Wannaus fröhte ihm die besten Häuser weg, Wannaus erschlug ihn. Der Herr Meister Kubasek mußte in die Vorstadt überfledeln, und von der Vorstadt mit fortstreichender

Zeit aufs „Schiff“. Die Sorge, der Mangel und die Not hängten sich ihm an die Rockschöße, sie ließen sich nicht heruntererschüteln und er mußte sie als ständige und treue Gefährtin seiner Häuslichkeit aufnehmen.

Aber trotz alledem büßte Meister Kubasek an seiner Ehre nicht einmal soniel ein, als eine Boastelze auf ihrem Schwanzlein fortgetragen hätte. Er bekam allerdings mit der Zeit eine ordentliche Genugtuung: den Wannaus rih ein anderer Wannaus bis in den Kehricht herunter, — so daß er fast in Unehren ausgeschneidert hatte, aber was nützte es dem Meister Kubasek. Zu einem Lehrlingen, gar nicht zu sprechen von einem Gefellen, vermochte er sich schon nicht mehr aufzuschwingen, und wenn er auch ein braves Weib und brave Kinder hatte, durch die bösen Sorgen sah er weder einen Schluß noch ein Ende, und obgleich er, wie es die Vorschriften geboten, von Herzen betete, das Glück vermochte er nicht mehr zum Erscheinen hervorzubekeln.

Die Gefährtin seiner Tage und Nächte, semper fidelis, Frau Kubasek, stand im selben Alter wie er und war durch all die Sorgen abgequält und niedergedrückt. Wahrhaftig, sieben Kinder in Gottesfurcht und menschlicher Rechtschaffenheit großziehen, das ist eine Aufgabe, die wir Wannausbilder gar nicht genügend beurteilen können. Drei von ihnen hatte sie allerdings in einen kleinen Sarg hineingelegt, aber die andern waren pumperlgefund und hatten Göschken, wie ein Bocksen so groß, und da gabs im Hause mitunter weder eine Handvoll Mehl, noch eine Maß Kartoffeln, noch eine Schnitte Brot, und Meister Kubasek und sein Weib mußten oftmals ohne jede ärztliche Vorschrift strenge Diät halten. Sie ertrugen dieses traurige Schicksal ihres Nagens mit türkischer Resignation, da sie doch ihre Kinder nicht in die Stadt betteln schickten konnten. Dies gestattete ihnen ihre Familienehre nicht, die selbst zur Zeit der ärgsten Not ihr halber Herrgott war und die sie vor der Welt wahrhaftig unbestekt erhielten. Wenn Kubasek sich irgend so ein Mittagessen ausgelassen hatte, pflegte er am Besitze zu sich selbst zu sagen:

„Irgendwie ist's bisher gegangen, irgendwie wird's wieder gehen; ohne Glauben kann man nicht in den Himmel kommen!“
(Fortsetzung folgt.)

